

DIE LINKE.

LANDESVERBAND BREMEN

7. Landesparteitag

Antragsheft 1

INHALT:

Vorwort	Seite 3
T – Anträge zur Tagesordnung	Seite 4
B – Bericht des Landesvorstandes	Seite 6
WK – Anträge zum Wahlkampf und zur Kandidaten/innen/indung	Seite 14
O – Anträge mit organisationspolitischem Schwerpunkt	Seite 29
S – Antrag zum Umgang mit Änderungsanträgen zur Landessatzung	Seite 33
A – allgemeinpolitische Anträge	Seite 34
WP – Anträge zum Wahlprogramm	Seite 37

Antragsheft 1 zum 7. Parteitag

19. Oktober 2010

Redaktion: Landesgeschäftsstelle der LINKEN Bremen

verantwortlich: Andreas Hein

Vorwort

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

hiermit legen wir Euch das Antragsheft 1 zum 7. Landesparteitag der LINKEN Bremen vor. Einige Hinweise zum möglichen Ablauf des Parteitages (den endgültigen entscheiden die Delegierten – wie immer – selbst):

Der Entwurf zum Wahlprogramm liegt bei Drucklegung dieses Antragsheftes noch nicht vor. Er wird allerdings zur 1. Tagung des 7. Parteitages vorliegen und den Delegierten ausgehändigt werden. Die Debatte und Beschlussfassung zum Wahlprogramm soll auf der zweiten Tagung des 7.

Landesparteitages am 27. Und 28, November stattfinden. Änderungsanträge zum Wahlprogramm bitten wir daher, bis zum Antragsschluss der 2. Tagung bei der Landesgeschäftsstelle einzureichen. Bitte bezieht Euch bei Änderungsanträgen auf die Zeilennummern des Antragsheftes.

Nach der Planung sind die Schwerpunkte der 1. Tagung Ende Oktober die Neuwahl des gesamten Landesvorstandes, sowie die Feststellung eines Verfahrens zur Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten zur Bürgerschaftswahl. Die zweite Tagung Ende November soll sich mit dem Wahlprogramm befassen.

Zum Organisatorischen: Die Anmeldung für Delegierte beginnt am Sonnabend, 30. Oktober um 10 Uhr und am Sonntag, 31. Oktober um 10.30 Uhr.

Zur Mittagspause am Sonnabend gibt es in direkter Umgebung des Tagungsortes viele Möglichkeiten, sich zu versorgen. Am Sonntag wird es im Tagungsobjekt selbst ein Angebot von Snacks zu vertretbaren Preisen geben. Während der gesamten Tagung sind Getränke erhältlich.

Das Bürgerzentrum Neue Vahr ist am besten mit der Straßenbahnlinie 1, Haltestelle Berliner Freiheit zu erreichen.

Das Mitbringen von Hunden ist nicht gestattet.

Uns allen wünschen wir einen guten Parteitag

Mit solidarischen Grüßen

Die Landesgeschäftsstelle

Tagesordnung für die zweite Tagung des 7. Landesparteitages
am 27. und 28. November

Begrüßung 11:00

TOP 11 Bericht der Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft 11:15

TOP 11a Aussprache zum Bericht der Fraktion 11:45

PAUSE 13:00 bis 14:00

TOP 12 Wahlprogramm zur Bremischen Bürgerschaft

12.1 Einführung 14:00

12.2 Behandlung von Änderungsanträgen 14:30

Ende des ersten Beratungstages ca. 18:30

Beginn des zweiten Beratungstages Sonntag, 28. November

12.2 Behandlung von Änderungsanträgen (Fortsetzung) 11:00

12.3 Schlussabstimmung über das Wahlprogramm 13:29

PAUSE 13:30 bis 14:00

TOP 13 Zentrale Aussagen zur Bürgerschaftswahl (Kurzwahlprogramm) 14:00

TOP 10 (Fortsetzung) Anträge an den Landesparteitag 15:00

TOP 14 Verschiedenes 16:00

Schlusswort 16:30

Bericht des Landesvorstandes 2008-2010

Die letzten zwei Jahre haben die politische Situation und den Landesverband stark verändert. Als der Parteitag im November 2008 das ausführliche Arbeitsprogramm für den Landesverband beschloss, regierte in Berlin noch die Große Koalition Merkel-Steinmeier. Die globale Finanzkrise begann erst auf die Realwirtschaft durchzuschlagen. Die *Hypo Real Estate* war noch nicht verstaatlicht, die sogenannte „Bankenrettung“ gerade erst beschlossen, die Euro-Krise noch nicht in Sicht. Die „Schuldenbremse“ existierte noch nicht, das Land Bremen befand sich noch auf dem Weg der Klage beim Bundesverfassungsgericht auf Sanierungshilfen gegen die Haushaltsnotlage. Der Armutsbericht für Bremen lag noch nicht vor. DIE LINKE hatte nach der Bürgerschaftswahl in Bremen den Einzug in die Landesparlamente von Hessen, Hamburg und Niedersachsen geschafft und war erst in 4 von 10 westdeutschen Landesparlamenten vertreten. Die „Triade“ 500-30-10 (500 Euro Regelsatz, 30 Stunden Wochenarbeitszeit, 10 Euro Mindestlohn) als mittelfristige Perspektive, entwickelt im Zuge der außerparlamentarischen Bündnisse, war in der Partei noch nicht durchgesetzt. Der Entwurf für das neue Grundsatzprogramm existierte noch nicht, und die LINKE wurde bundesweit noch von zwei Männern geleitet.

Der Landesverband Bremen hat sich in den letzten zwei Jahren inhaltlich nach links stabilisiert und eine sehr breite Aktivität entfaltet. Der Aufbau von Strukturen (AGs, Kreisverbände, Ortsgruppen, Strömungen), die Arbeit in Bündnissen gegen Sozialkahltschlag, Bildungsabbau und Prekarisierung, die Einstellung auf die neue Situation „Fraktion“ und die generelle Verbreiterung der inhaltlichen Aktivitäten und der politischen Mobilisierung standen im Vordergrund. Die Gesamtentwicklung war ausgesprochen positiv, gemessen an den Mitgliederzahlen (derzeit ca. 560 trotz der Bereinigungen um NichtzahlerInnen), den Wahlergebnissen (Europawahlen 2009 mit 7,5 Prozent in Bremen und insbesondere die

Bundestagswahl 2009 mit 14,3 Prozent im Land Bremen), und der Mobilisierungsfähigkeit für außerparlamentarische Aktivitäten und Aktionen (insbesondere im Rahmen des Antikrisenbündnisses).

Der Landesverband hat viele inhaltliche Debatten geführt, die meistens auch zu Klärungen und Entscheidungen geführt haben. Die Herkunft aus den Quellparteien WASG und PDS spielt im Landesverband heute keine Rolle mehr. Es gibt auch keine verfestigten Frontstellungen entlang von Strömungsgrenzen; der Entwurf zum Parteiprogramm wird ganz überwiegend als positive Grundlage betrachtet. Die Stellung in der Bundespartei hat sich verändert. Der Landesverband spielt, gemessen an seinen begrenzten Kräften, eine aktive Rolle. Er hat das neue Vorstandstableau unterstützt, den Mitgliederentscheid für die quotierte Doppelspitze und die quotierte Geschäftsführung mit entwickelt und vor der Schiedskommission verteidigt. Er nimmt teil an der bundesweiten Debatte zum Programm sowie über die Strukturen von politischer Frauenarbeit und kooperiert mit Landesverbänden in Ost und West.

Die meisten Konflikte im Landesverband (und im Landesvorstand) in den letzten zwei Jahren standen in Zusammenhang mit der Tatsache, dass wir seit 2007 mit einer Fraktion im Landesparlament vertreten sind. Auf diese neue Situation musste sich der Landesverband einstellen: Einerseits stellt die Existenz einer Landtagsfraktion für den Landesverband einen enormen Gewinn an Ressourcen für die politische Mobilisierung dar (Personal, Geld, Material, mediale Präsenz in der Öffentlichkeit). Andererseits birgt sie aber auch die Gefahr einer Verparlamentarisierung der Blickrichtung, einer scheinbaren Konkurrenz zwischen Fraktion und Partei und einer Anpassung an die „Anforderungen“ des real existierenden Parlamentarismus. Der Landesverband muss sich neuen Fragen stellen: Wie er den Aufstellungsprozess zur

Listenbildung organisieren will, wie das Verhältnis zwischen Fraktionsressorts und den AGs der Partei gestaltet werden soll, oder wie die Glaubwürdigkeit unseres politischen Handelns umfassend gewährleistet wird.

Die kommenden Monate werden ganz im Zeichen des Wahlkampfes stehen. Der Wahlkampf ist für uns eine Form der Massenaktion. In keiner anderen Phase haben wir die Möglichkeit, so intensiv und mit so großen Ressourcen die öffentliche Meinung zu umkämpfen und in allen Teilen der Stadt mit Menschen zu reden, sie für ihre Interessen zu mobilisieren und unsere Positionen darzustellen. Wir wollen die Herrschaft des Sachzwang-Kartells der etablierten Parteien brechen, wir wollen die Resignation vor Kahlschlag, Kürzung und Ausverkauf in Widerstand verwandeln. Am Ende dieser Monate wird ein zweistelliges Ergebnis für die LINKE stehen, vor allem aber eine Situation, in der das offensive Verteidigen eigener Interessen und das Kämpfen für eine andere Gesellschaft mehr Raum gewonnen hat. Auf dieser Grundlage werden wir weiter Opposition organisieren und die parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit von Fraktion und Partei zu einer noch wirkungsvolleren Verbindung bringen, die sich in die politische Strategie der Partei einordnet.

Das Arbeitsprogramm des Parteitags 2008-2010

Der Parteitag im Herbst 2008 hat ein ausführliches Arbeitsprogramm verabschiedet, das durch die Beschlüsse des Parteitags im Januar 2010 nochmals ergänzt wurde. Anhand der Umsetzung dieser Beschlüsse lassen sich die Entwicklung und der Stand des Landesverbandes bestimmen, sowohl in seinen Stärken als auch in seinen Defiziten. (Eine detailliertere Abrechnung der einzelnen Aktivitäten des LaVo anhand der sogenannten Offenen Arbeitsplanung ist mit diesem Bericht verschickt worden.)

Kampagnen

Der Landesverband hat sich vor zwei Jahren 4 Kampagnen vorgenommen, von denen er zwei durchgeführt hat. Die Bildungskampagne für

„Eine Schule für alle“ reichte vom Herbst 2008 bis zur Verabschiedung des rot-grünen Zwei-Säulen-Modells im Mai 2009. Sie umfasste Öffentlichkeitsmaterial, Beilagen und Verteilaktionen, Beratungsangebote und Pressearbeit, die Erarbeitung eines alternativen Gesetzentwurfs mit der AG emanzipatorische Bildungspolitik in Abstimmung mit der Fraktion und eine Aktion vor der Bürgerschaft. Die LINKE war bei den Schulstreiks und Bildungsstreiks vertreten mit Redebeiträgen und eigenen Flugblättern und hat dazu beigetragen, dass das Ziel des gemeinsamen Lernens trotz der unzureichenden, von Kürzungspolitik bestimmten rot-grünen Reform nach wie vor verankert ist. Wie in Hamburg zeigt sich aber auch in Bremen, dass der Rotstift in den Schulen echte Reformen verunmöglicht, die nur gelingen, wenn sie mit bedarfsgerechten finanziellen und personellen Ressourcen abgesichert werden. „Eine Schule für alle!“ und Bildungsinvestitionen sind daher heute untrennbar.

Die Kampagne für einen Masterplan Armutsbekämpfung läuft bis heute und wird, eng verbunden mit der Bildungskampagne, im Wahlkampf das zentrale Thema für uns bleiben. Die Kampagne umfasste Workshops, AG-Veranstaltungen und Materialien zum Armutsbericht, zur Prekarisierung der Beschäftigungspolitik und der Non-Profit-Organisationen. Von der ausführlichen Dokumentation unserer Kritik in den Medien bis zur Darstellung der Auswirkungen von Kürzungspaket und Schuldenbremse auf die soziale Spaltung spannt sich ein Bogen, der Armutsbekämpfung zu einem zentralen Kompetenzbereich des Landesverbandes gemacht hat. Diese Linie werden wir im Wahlkampf mit eigenen Vorstellungen für einen Masterplan Armutsbekämpfung weiter zuspitzen.

Eine Gesundheitskampagne und ein Reform- und Kampagnenplan im Bereich Kinder- und Jugendhilfe kamen nicht zustande. Trotz einzelner Ansätze, etwa der guten Website-Berichterstattung zum Klinikbereich, existierte in beiden Bereichen weder eine arbeitsfähige AG-Struktur, noch konnte die Partei bislang nennenswert an Kompetenz gewinnen und

damit auch kein eigenes Profil entwickeln. Hier sind weiterhin inhaltliche wie auch Anstrengungen zur Gewinnung von kompetenter Mitarbeit notwendig, um den Landesverband aktionsfähig zu machen. Das gilt auch für das seinerzeit angestrebte Landesinvestitionsprogramm, das als Kern eines sozial-ökologischen Umbaus notwendig wäre, aber bislang ebenfalls nicht von uns erarbeitet ist.

Die angestrebte Schärfung des internationalistischen Profils hat sich entwickelt, ist aber noch unzureichend. Breiten Raum nahm die Beteiligung an Protesten gegen die israelische Gaza-Politik ein (LaVo-Erklärung, Diskussionsabend, Teilnahme an den Protesten gegen den Angriff auf den internationalen Gaza-Konvoi). Auch die Solidarität mit den Sozialkämpfen in Griechenland ist zu nennen, wozu mehrere Veranstaltungen stattfanden. Im Umweltbereich beteiligte sich der Landesverband mit einem eigenen Bus an der Mobilisierung zur Demo gegen die AKW-Laufzeitverlängerung am 18.09.2010. Generell werden aber internationalistische Solidarität und Auseinandersetzung mit globalen Fragen (Stichwort Klimapolitik) in Zukunft einen breiteren Raum einnehmen müssen.

Parteientwicklung

Die Weiterentwicklung der Strukturen und der innerparteilichen Demokratie war ein Auftrag des Parteitags 2008, bei dem erhebliche Fortschritte gemacht wurden. Die Kreisverbands-Struktur hat sich etabliert und arbeitet. Auf der Stadtteil-Ebene sind bislang drei Ortsgruppen entstanden: Hemelingen/Osterholz, Gröpelingen/Walle und (in nicht formalisierter Form) Mitte/östliche Vorstand/Schwachhausen. Die offenen Abgeordneten-Büros als permanente Anlaufstelle sind ein wichtiger Kristallisationspunkt für Stadtteil-Verankerung und Organisationsprozesse, den wir in der nächsten Legislaturperiode ausbauen werden.

Im Landesverband haben sich verschiedene Strukturen entwickelt, mit denen die innerparteiliche Demokratie gestärkt und direkte Partizipation verbessert wurde. Es gab

offene Beratungen (etwa zu den Herbstaktionen oder zum Aufstellungsprozess), offene Vorbereitungsgruppen (z.B. für den Ratschlag), Antrags- und Delegiertenberatungen zu den Bundesparteitagen sowie offene Vor-Diskussionen wichtiger Anträge für den Landesparteitag. Kommissionen werden ausgeschrieben. Nicht durchsetzen konnten sich die monatlichen offenen Diskussionsabende, da inzwischen vergleichbare Angebote auf Kreisebene entstehen.

Offene Beteiligungsformen, stadtteilnähere Strukturen und demokratische Willensbildung auf den Parteitag sind die drei Elemente, entlang derer sich der Landesverband in den letzten zwei Jahren entwickelt hat. Der Landesparteitag ist in neuer Weise zum Zentrum der Entscheidungsfindung geworden, der in zentrale Fragen mit Beschlüssen eingreift. Erinnert sei an den Beschluss zum Konfliktumgang vom Februar 2008, das Zweijahresprogramm vom November 2008, das Anti-Krisenprogramm vom Mai 2009, die Beschlüsse zu den Mandatsträgerbeiträgen vom November 2009, das kleine Arbeitsprogramm vom Januar 2010, die Debatte zum Bundesvorstand im April 2010, den Beschluss zu den Arbeitsverhältnissen und die Empfehlungen zum Aufstellungsprozess im Juni 2010. Auf dem Parteitag wird debattiert und entschieden, nicht abgenickt.

Eher schleppend entwickelt sich der Abstimmungsprozess der regelmäßigen Treffen zwischen LaVo und Fraktion. Gerade im Hinblick auf den Wahlkampf muss diese Struktur demnächst intensiviert werden. Was die regelmäßigen Treffen zwischen Kreisvorständen und LaVo betrifft, so ist zu überlegen, wie sich die Abstimmungsfunktion dieser Treffen künftig von den Aufgaben des Landesrats abgrenzt. Durch die Satzungsänderung vom April 2010 wird der Landesrat in den Kreisen direkt gewählt und kann daher ab nächstem Jahr als Kleiner Parteitag funktionieren, der Orientierungen des Parteitags in konkrete Vereinbarungen zwischen den verschiedenen Organisationsebenen übersetzt.

Eingeschlafen ist derzeit das Offene Plenum. Das neue Internet-Forum, das vom LaVo ins Leben gerufen wurde, funktioniert seit 2010 und wird bislang vor allem für die Erarbeitung des Wahlprogramms genutzt. Das von der Partei unabhängige Offene Forum existiert nach seinem Relaunch weiter.

Zur Parteientwicklung fand erstmals eine Landesmitgliederversammlung statt (im Mai 2009), die von einer offenen AG vorbereitet wurde. Ergebnisse und ergänzende Materialien wurden auf der Website dokumentiert. Der LaVo hat dem Jugendverband im Sommer ein Gespräch (gemeinsam mit den Kreisvorständen) angeboten, das auch angenommen und durchgeführt worden ist. Allerdings ist daraus kaum Weiterführendes entstanden. Dieser Arbeitsprozess muss wieder aufgenommen und in praktische Konsequenzen überführt werden, vor allem in Abstimmung mit den Kreisvorständen. Dasselbe gilt für die Schärfung des antikapitalistischen, demokratischen, antirassistischen und feministischen Profils der Partei, das sich in der Herangehensweise auch an die konkreten Fragen auf Stadtteilebene und im Kreisgebiet unter Beweis stellen muss. Hier ist auch die Zusammenarbeit mit den Beiräten entscheidend, weshalb gerade dieser Bereich im Landesverband auch personell verstärkt wurde.

Arbeitsweise

Die Veränderung der politischen Kultur im Sinne von Öffnung war eine Leitlinie der Beschlüsse zur Arbeitsweise. Hier sind starke Entwicklungen passiert. Seitens des LaVo werden Beschlüsse und Protokolle online gestellt. Auf dem Parteitag im Januar 2010 erfolgte erstmals eine ausführliche Präsentation zum Haushalt des Landesverbandes. Die Website entwickelt sich immer stärker zu einem zentralen Informations- und Diskussionspool des Landesverbandes. Auch der Newsletter wird von einer autonomen Redaktionsgruppe verantwortet. Der Landesverband hat sich in einen intensiven Diskussionsprozess um das Verfahren zur Listenaufstellung begeben, der mit der Zurückweisung der „Berliner

Erklärung“ auf dem Sonderparteitag begann und der mit Beschlüssen auf diesem Parteitag seinen vorläufigen Abschluss finden wird. Auch das ist ein wichtiges Element innerparteilicher Demokratisierung und beweist, dass der Parteitag auch in der Praxis des Landesverbandes seine Aufgabe als höchstes Organ wahrnimmt. Auf die Beschlüsse und Empfehlungen des Parteitags hin haben sich 22 Genossinnen und Genossen für die Findungskommission gemeldet und zum 1.10. an die 40 KandidatInnen für die Bürgerschaftsliste beworben.

Nach anfänglicher Mühe wurden auch die Programmarbeit und die seinerzeit geforderte Sozialismus-Debatte im Landesverband begonnen. Der Landesverband nahm an der Regionalkonferenz zur Programmdebatte in Rostock mit 10 Mitgliedern teil, mit einem eigenen Workshop zu „Demokratisierung“ und mit einem Input zum „Sozialismus im 21. Jahrhundert“. Er war gut vertreten bei der Organisation und Durchführung der „Woche des Grundeinkommens“ im September 2010. Die Auseinandersetzung um Feminismus und Patriarchat hat mit dem Aufbau einer Frauen-AG, der Einbindung in bundesweite Strukturen und den Anträgen zum Frauenwahlkampf Gestalt gewonnen.

Eine heftige programmatische Debatte entwickelte sich im Landesverband um die Positionierung anlässlich des Jahrestags der Wiedervereinigung. Wenn auch die Unzufriedenheit über fehlende Abstimmungsprozesse berechtigt ist, so endete die Debatte doch mit einer gemeinsamen Positionsbestimmung, die zwei Dinge klarstellte: dass die historischen „realsozialistischen“ Systeme nicht die von uns angestrebte gesellschaftliche Alternative sind, und dass ein demokratisches Gesellschaftssystem nur durch den Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen zu erreichen ist.

Unklar ist nach wie vor die Zukunft der Bildungsarbeit im Landesverband. Auf Kreisebene finden Neumitgliederseminare statt und der Landesverband nimmt teil an der Bildungskommission und der TeamerInnen Ausbildung auf Bundesebene.

Was genau Bildungsarbeit im Landesverband aber sein soll, hat der Landesverband bislang nicht geklärt. Ohne entsprechende Entscheidungen wird dieser Bereich sich auch künftig nicht entwickeln können.

Der Auftrag des Parteitags, die Rechte von Beschäftigten, Engagierten und Ehrenamtlichen zu stärken, kulminierte in der Auseinandersetzung um die Arbeitsverhältnisse bei Fraktion und Partei. Die teilweise mit großer Heftigkeit geführte Debatte hat zur Klärung geführt und Ergebnisse erzielt. Die befristeten Arbeitsverträge bei der Fraktion wurden bis zum Ende der Legislaturperiode verlängert. Die Sichtweise, dass Fraktion und Partei als Arbeitgeber nicht nur das arbeitsrechtlich Notwendige umsetzen, sondern auch die programmatischen Ansprüche und Forderungen der Partei berücksichtigen müssen und dass dem eine hohe Bedeutung zukommt, hat sich durchgesetzt. In der Geschäftsstelle der Partei arbeiten - zumindest bis zum Herbst nächsten Jahres - zwei Männer und eine Frau. Der neue Landesvorstand wird sich um den Abschluss einer Betriebsvereinbarung zu kümmern haben, um eine erweiterte Anwendung der Quotierung abzusichern, und er wird zu entscheiden haben, ob sich die Erweiterung der personellen Kapazitäten auf Dauer stellen und auch inhaltlich mit einem frauenpolitischen Anspruch füllen lässt.

Mobilisierung und Wahlkämpfe

Im Mittelpunkt der Beschlüsse zu den Wahlkämpfen stand das Ziel, eine breite Bewegung für einen Politikwechsel zu initiieren. Hier war der Landesverband außerordentlich aktiv. Der Landesvorstand hat sich früh der Forderung „500-30-10“ angeschlossen und dadurch den Weg freigemacht für die Teilnahme der LINKEN am Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“. Der Landesverband beteiligte sich an der Demonstration vom 28.03.2009 mit einem eigenen Bus, er nahm teil an der DGB-Demonstration vom 16.06.2009, der landesweiten Demo vom 17.09.2009, den verschiedenen Aktionen gegen Schlecker und der Aktion gegen Zeitarbeit am 29.04.2010.

Die LINKE war maßgeblich beteiligt bei der Aktion des Antikrisenbündnisses zu Banken und Landeshaushalt am 17.12.2009 („Aktion Geldbeschaffung“) und bei der Demonstration am 29.09.2010 im Rahmen des europäischen Aktionstags der Gewerkschaften. Die AG Betrieb & Gewerkschaften unterstützte diesen Prozess mit einer Reihe von Veranstaltungen, u.a. mit Bernd Riexinger, Heinz Bontrup und Uwe Schmid, zu Krise, Mitbestimmung und Arbeitszeitverkürzung.

Die Kooperation von Gewerkschaften und Antikrisenbündnis beim Aktionstag am 29.09.2010 war ein Meilenstein beim Aufbau einer breiten Widerstandsbewegung gegen Sozialkahltschlag, Personalabbau und Privatisierung im Land Bremen, auch wenn die zahlenmäßige Stärke der Mobilisierung noch begrenzt ist. Der Landesverband hat sich im Antikrisenbündnis als verlässlicher Bündnispartner etabliert, dessen Ziel nicht die parteipolitische Instrumentalisierung, sondern die gemeinsame Mobilisierung für Widerstand und für andere gesellschaftliche Verhältnisse ist. Die LINKE war auf dem Aktionstag hervorragend mobilisiert, sie war im Bündnis präsent und mit einem eigenen Flugblatt sichtbar. Klar ist aber: Ohne eine sehr viel stärkere Mobilisierung in den Betrieben und in den Stadtteilen wird sich der notwendige Druck nicht erzeugen lassen, um Sozialkahltschlag, Personalabbau und Privatisierung wirksam zu bekämpfen. Die aktive Beteiligung aus den Gewerkschaften und die Verbreiterung des Bündnisses sind dabei Schlüsselfaktoren. Aber auch die LINKE muss noch mobilisierungsfähiger werden, aktionsfähiger, und sie muss auch inhaltlich eine noch stärkere orientierende und eingreifende Funktion erreichen.

Die Mobilisierung gegen Hartz IV und Agenda 2010 ist noch immer kein wirklicher Kernpunkt der Aktionen der LINKEN. Die Teilnahme am Ein-Euro-Jobber-Tag, an der bundesweiten Demonstration „Krach schlagen“ in Oldenburg, die Durchführung einer Veranstaltung zu Hartz IV (mit Jürgen Aust) und die Beteiligung an der Grundeinkommens-Debatte waren wichtige Bausteine. Aber während die Bundesregierung mit dem Kürzungspaket „Hartz V“ umsetzt, wird die

LINKE bundesweit und in Bremen Hartz IV noch sehr viel stärker in den Mittelpunkt von Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen rücken müssen und dabei auch eine inhaltliche Alternative zu formulieren haben.

Die Verankerung in den Stadtteilen macht Fortschritte. Gestützt auf Kreise, Ortsgruppen und die offenen Abgeordnetenbüros nimmt die Handlungs- und Mobilisierungsfähigkeit in den Stadtteilen zu. Die Beiräte-Arbeit wird stärker koordiniert, auch mit gemeinsamen Anträgen und einer verbesserten Betreuung im Rahmen der personellen Ausstattung der Geschäftsstelle. Ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit mit den Stadtteilen war die Diskussion im Büro West, aus der heraus die Studie zur „Auswirkung von Sparpaket und Schuldenbremse auf private Haushalte und Ortsteile in Bremen“ und stadtteilspezifische Flyer dazu entstanden.

Generell beruht das Erstellen von eigenen Materialien bislang weitgehend auf individueller Initiative. Das ist gut, aber auf Dauer unzureichend. Ein stärker geplantes Herangehen, auch in Abstimmung mit der Fraktion, ist notwendig um über den schnellen Flyer für die Demo hinaus Materialien zu erzeugen, mit denen der Landesverband längerfristig arbeiten kann.

Ergänzende Beschlüsse

Die Beschlüsse des Landesparteitags am 10. April 2010 haben das Zweijahresprogramm ergänzt und aktualisiert. Das betraf zunächst die Wahlkampf-Vorbereitung. Die offene Koordinierungsgruppe hat die einzelnen Teile des Wahlprogramms, die hauptsächlich in den AGs erarbeitet wurden, nachgefragt und zusammengetragen und an die Redaktionsgruppe übergeben. Diese legt nun den ersten Entwurf für das Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl vor. Ein Entwurf für das Kurzwahlprogramm wurde vom LaVo erarbeitet.

Am 22.06.2010 hat sich das Landeswahlbüro konstituiert, in dem u.a. LaVo und Kreisvorstände vertreten sind. Im Landeswahlbüro wurde bislang u.a. über die Wahlstrategie, die Auswirkungen des neuen

Wahlrechts, Fragen der Gleichbehandlung von KandidatInnen und den Zeitplan diskutiert. Am 30.08. und 28.09.2010 fanden Wahlplena statt, eines mit Rainer Strutz und Harald Pätzold zur allgemeinen Einstellung auf den Wahlkampf und eines mit Gabi Lenkenhoff aus NRW zum Frauenwahlkampf. Neben der Beschlussfassung über das Wahlprogramm werden die nächsten Schritte die Ausformulierung der Wahlstrategie, die Auswahl der Kernbotschaften und die Erarbeitung des Wahlkampfmaterials sein.

Der landespolitische Ratschlag, ebenfalls am 10. April beschlossen, fand am 15./16.10. statt. Er wurde über eine offene Vorbereitungsgruppe vorbereitet.

Wie die Öffentlichkeitsarbeit, so beruht auch die Mitgliederwerbung bislang vollständig auf individueller Initiative. Eine Strategie zur Mitgliederwerbung und zur Mitgliederaktivierung wurde nicht realisiert. Das Wachstum des Landesverbands vollzieht sich derzeit ohne systematische Mitgliederwerbung, eher zufällig und ohne Schwerpunktsetzung; es gibt keine Handreichungen für Neumitglieder, keine Patenschaften, kein Werbematerial. Hier liegt eine dringende Aufgabe für die nächste Zeit, denn gerade Wahlkampfzeiten sind Phasen, in denen große Chancen zur Aktivierung und zur Mitgliedergewinnung liegen.

Der Aktivitätsgrad im Landesverband ist verhältnismäßig hoch. Von den ca. 560 Mitgliedern waren ca. 150 auf den letzten Kreismitgliederversammlungen anwesend, der Kreis der aktiven Mitglieder dürfte insgesamt etwa ein Drittel betragen. Etwa 60 Mitglieder sind aktiv in Vorständen, Beiräten und Fraktion, insgesamt knapp 100 Mitglieder sind in den AGs des Landesverbandes aktiv. In der Praxis wird die Arbeit des Landesverbandes allerdings zu wenig breit verteilt. Auch ist der notwendige Zeitaufwand, um über die wichtigsten Geschehnisse im Landesverband orientiert zu sein und mitreden zu können, zu hoch. Die Dienstagsmail, die Website und der Newsletter, aber auch informelle Austausch-Gelegenheiten auf Ortsteil- und Kreisebene sind wichtige Instrumente, um die aktive

Teilnahme am Parteileben niederschwelliger und effektiver zu machen.

Die größten Defizite in der Mitgliederentwicklung sind der geringe Anteil von Frauen (27 Prozent an den Mitgliedern wie an den Einritten) und die geringe Präsenz von Mitgliedern mit Migrationshintergrund sowie jungen Menschen in unseren Strukturen und in unserer Politik. Wie entscheidend es für unsere politische Aufgabe ist, dieses Defizit zu überwinden, spiegelt sich noch nicht hinreichend im Bewusstsein und der Tätigkeit des Landesverbandes. Gerade unter den Bedingungen von Agenda 2010, Lohndumping, Deregulierung, Prekarisierung und Privatisierung gibt es keinen Klassenkampf mehr, der es sich leisten könnte, Patriarchat und herkunftsbedingte Diskriminierung auszublenden, die nämlich wesentliche Formierungskräfte der aktuellen Klassenspaltung sind. Ob wir dies in unseren Aktivitäten und in unserer Mobilisierung deutlich machen, und ob wir es selber verstehen, entscheidet darüber, ob wir wirklich zu einer sozialistischen Massenorganisation werden können. Die Gründung der Frauen- und der Migrations-AG, die Beteiligung an den Roma-Aktionen und die Bemühungen um den Frauenwahlkampf sind wichtige erste Schritte, in diesem Sinne politikfähig zu werden.

Arbeitsweise im LaVo und Konflikte

Noch ein Wort zur Situation im Landesvorstand selbst. Der Großteil des Landesvorstands war mit dem Ziel angetreten, eine teamorientierte, effiziente und demokratische Arbeitsweise zu entwickeln. Das ist in weiten Teilen auch gelungen. Es wurde mit schriftlichen Vorlagen gearbeitet, die Sitzungen wurden rotierend geleitet, Entscheidungen wurden grundsätzlich in der Gesamtheit des LaVo und nicht im geschäftsführenden LaVo getroffen, Regeln für elektronische Abstimmungsverfahren vereinbart, Abstimmungen nur nach Debatte durchgeführt. Im Großen und Ganzen absolvierte der Landesvorstand ein erhebliches Arbeitspensum.

Inhaltliche Konflikte gab es im Landesvorstand wenige. Sowohl die Position zu den Arbeitsverhältnissen, als auch das Verfahren der Stellenbesetzung in der Geschäftsstelle, die Einleitung des Mitgliederentscheids, die Positionsbildung zum Gaza-Konflikt, die Anträge zum Aufstellungsverfahren, die Haushaltsplanung und die Planung des Wahlkampfetats wurden gemeinsam verabschiedet und getragen.

Differenzen gab es hinsichtlich der Durchsetzung dieser Positionen und zwar mit zunehmender Dauer der Amtszeit dieses Landesvorstandes. Dabei ging es um die Beschäftigung mit Fragen der Bundespartei, den Umgang mit Angestellten und die Bedeutung von Formalia. Ein Teil des Landesvorstands hielt in der Frage der Arbeitsverhältnisse die offensive Durchsetzung der Partei-Position für weniger wichtig, als die Gefahr einer öffentlichen Auseinandersetzung, während die Mehrheit sich für die Einberufung des Sonderparteitags noch vor den Sommerferien entschied (zumal dieser sonst auf Delegierten-Antrag ohnehin zustande gekommen wäre, dann aber nach den Sommerferien). Ein Teil des Landesvorstands wollte sich tendenziell eher nicht mit Fragen der Bundespartei beschäftigen, während die Mehrheit dies in einigen herausgehobenen Fragen (Arbeitsverhältnisse, EU-Fraktion usw.) auf die Tagesordnung setzte. Ein Teil des Landesvorstands befürwortete den rigiden Einsatz arbeitsrechtlicher Instrumente als Arbeitgeber, während die Mehrheit dies ablehnte und eine Anwendung von Regeln verlangte, die linker Politik angemessen sind. Ferner wollte ein Teil des Landesvorstands formalen Fragen (Geschäftsordnung, Fristen für Vorlagen, Protokollgenehmigung) größeren Raum geben, während die Mehrheit des Landesvorstands pragmatischere Lösungen befürwortete. Die Personen-Konstellation war in allen diesen Differenzen die gleiche. Umgekehrt war die Beteiligung an der Umsetzung der LaVo-Arbeit ebenfalls ungleich verteilt, auch in den vielen Fällen wo Einigkeit herrschte.

Ausblick

Die kommenden Monate werden dem Landesverband und dem neu zu wählenden Landesvorstand Einiges abverlangen. Die Zuspitzung der sozialen Konfrontation lässt sich an einigen Zahlen verdeutlichen. Im Jahr 1994 hatte das Bundesland Bremen umgerechnet 8,9 Milliarden Euro Schulden und erhielt 1994-2004 insgesamt 8,5 Milliarden Euro Sanierungshilfen – die nicht zum Schuldenabbau verwendet wurden. Im Jahr 2010 hat das Land Bremen 18 Milliarden Euro Schulden und soll 2011-2020 insgesamt 3 Milliarden Zinsbeihilfen erhalten – aber sein Haushaltsdefizit von 1 Milliarde Euro selbständig schließen. Die entsprechenden sozialen Angriffe haben bereits begonnen, mit den Senatsbeschlüssen zum beschleunigten Personalabbau, zur Verschlechterung der KiTa-Betreuung, zur Abwicklung der Arbeitsförderung. Sie treffen ein Gemeinwesen, das durch Hartz IV und Agenda 2010, durch Massenarbeitslosigkeit und soziale Spaltung bereits bis an die Grenzen belastet ist. Ein Abbau der öffentlichen Leistungen um 28 Prozent steht auf dem Plan, der in den sozial benachteiligten Quartieren durchschnittliche ökonomische Belastungen von 15 bis 20 Prozent der Haushaltseinkommen bedeuten würde.

Aber zur Lage gehört auch ein neuer Zyklus von Widerstand. Die Herbstproteste der Gewerkschaften und der außerparlamentarischen Bündnisse haben die

Chance, die Dunstglocke der Agenda 2010 endlich zu zerbrechen. In Stuttgart, Hamburg und anderen Städten bilden sich neue Massenproteste gegen den Ausverkauf und die Verelendung der Städte und die Kaltschnäuzigkeit der etablierten Politik. Auch die Anti-AKW-Bewegung ist wieder mobilisierungsfähig geworden. Eine Mehrheit der Bevölkerung ist offen für grundsätzliche Alternativen zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Zwischen neuen Angriffen und neuen Protesten entwickelt sich eine politische Zuspitzung, die für eine sozialistische Organisation hohe Anforderungen, aber auch große Chancen beinhaltet. Eine linke Partei ist kein Wahlverein und keine Bürgerinitiative, sondern eine Kampforganisation, die sich aktiv an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen beteiligt und sie zuspitzt, indem sie in jedem Konflikt die entscheidende Bedeutung der Macht- und Eigentumsverhältnisse sichtbar macht. Außerparlamentarische Mobilisierung, antikapitalistische Aufklärung und politische Zuspitzung sind das Kerngeschäft einer linken Partei. Unser Ziel ist nicht die stabile Einnischung im parlamentarischen System. Unser Ziel ist eine breite, plurale, sozialistische, emanzipative Massenpartei, die weit über das hinausgeht, was wir bisher erreicht haben – im Kontext einer Bewegung, die stark genug ist die Machtfrage zu stellen. Das ist der Maßstab, an dem wir unsere Entwicklung messen.

WK - Anträge zum Wahlkampf und zur Kandidaten/innen/indung

WK 1

Antragsteller: Kreisvorstand Mitte-Ost vom 14. September 2010

Für ein basisorientiertes Konzept zur Findung von KandidatInnen zur Bürgerschaftswahl

Aus Sicht des Kreisvorstandes hat die Empfehlung des Sonderparteitages zur Einsetzung einer Findungskommission nicht zwingend Mehrheiten in der Parteibasis. Der Wunsch vieler Mitglieder ist aber mehr Beteiligung und vor allem Transparenz. Unser Kollege im Vorstand, Helmut Kersting, hat ein Konzept entwickelt, dass diesem Anspruch genügt und auch in der Parteibasis großer Zuspruch hat. In diesem Konzept erhalten alle Mitglieder der Partei die Möglichkeit sich ausführlich mit allen KandidatInnen zu befassen und sie kennen zulernen. Durch eine Findungskommission wird ein großer Teil der Mitglieder vom Findungsprozess ausgeschlossen.

Es ist ein anspruchsvolles Konzept. Es bietet die Möglichkeit, dass alle Mitglieder die Chance erhalten am Findungsprozess aktiv teilzunehmen. Findungsverantwortung ist nicht auf einige Mitglieder konzentriert, sondern wird auf alle Mitglieder übertragen. Die nur von Delegierten vorgeschlagene Findungskommission und nur von wenigen Mitgliedern tatsächlich besetzte Kommission wird durch ein basisorientiertes Verfahren ersetzt.

Die durch den Sonderparteitag geförderte negative Medienberichterstattung, sowie das daraus resultierende Unverständnis der Mitglieder, wird durch das vorgestellte Verfahren in ein positives Licht gerückt. „Die Linke´ streitet vehement, aber sie kann Schlüssen daraus ziehen. Sie kann Konzepte entwickeln, die zu basisorientierten Verfahren führen und Macht dezentralisiert.“ Für eine

andere Politik ist es notwendig Verantwortlichkeiten soweit wie möglich auf alle Mitglieder zu verteilen. Die anderen Parteien haben durch ihre machtzentrierten Strukturen, z.B. Findungskommissionen, mit dazu beigetragen, dass sich BürgerInnen von politischer Parteiarbeit abwenden
Der Kreisvorstand beantragt, der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Der Landesvorstand wird beauftragt das**
- 2 **nachfolgende Konzept zur Findung von**
- 3 **KandidatInnen in Zusammenarbeit mit den**
- 4 **Kreisverbänden umzusetzen.**
- 5
- 6 **Basisorientiertes Konzept zur Findung von**
- 7 **KandidatInnen für die Bürgerschaftswahl**
- 8
- 9 Im Wahlbereich Bremen Stadt werden durch
- 10 Losentscheid 5 gleichgroße Gruppen aus den
- 11 Kandidatinnen gebildet, die sich bis zum 01.
- 12 Oktober und bis 20. November 2010 in der
- 13 Landesgeschäftsstelle gemeldet haben.
- 14
- 15 Für jede dieser Gruppen wird ein
- 16 Vorstellungstermin in jedem Stadtbremischen
- 17 Kreisverband organisiert. Letztlich soll jede
- 18 Kandidatin, jeder Kandidat die Möglichkeit
- 19 gehabt haben, sich persönlich in jedem
- 20 Kreisverband zu präsentieren Kreisverband.
- 21
- 22 Jede/r BewerberIn erhält eine Redezeit von
- 23 maximal fünf Minuten zur Vorstellung seiner
- 24 Person und seiner Ziele. Die Mitglieder
- 25 erhalten 10 Minuten, inklusive Antworten, um
- 26 von den KandidatInnen noch nicht Bekanntes
- 27 zu erfahren oder Nachfragen zu stellen.
- 28 KandidatInnen befragen keine KandidatInnen.
- 29 Das Verfahren wird moderiert, die Moderation
- 30 kommt jeweils aus einem anderen
- 31 Kreisverband.
- 32
- 33 Es erfolgt keine Wertung auf den
- 34 Veranstaltungen, sie sind ausdrücklich nur
- 35 dazu da, die KandidatInnen besser kennen zu

36 lernen. Die Beurteilung obliegt allein den
 37 Parteimitgliedern Nach Abschluss aller
 38 Vorstellungsrunden erfolgt eine Urwahl, in der
 39 die gesamte Parteibasis über die
 40 Zusammensetzung der Listenplätze 1 bis 10
 41 eine Festlegung trifft. Diese Festlegung wird
 42 der Aufstellungsversammlung als Empfehlung
 43 der Parteibasis durch den Landesvorstand
 44 vorgelegt.
 45 Dem Kreisverband Bremerhaven wird
 46 vorgeschlagen ein ähnliches Verfahren
 47 durchzuführen.

48 Am Tag der Aufstellungsversammlung wird
 49 der „Markt der KandidatInnen“ durchgeführt.
 50 Es werden durch die Landesgeschäftsstelle
 51 „Marktstände“ zur Verfügung gestellt, damit
 52 sich dort dann auch die BewerberInnen
 53 vorstellen können, die sich erst später zu einer
 54 Kandidatur entschieden haben.
 55 Die abschließende Wahl erfolgt dann auf der
 56 Aufstellungsversammlung gemäß Satzung und
 57 Wahlrecht.

Entscheidung des Landesparteitages	
angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

WK 2

Antragsteller: Landesvorstand

Maßnahmen des Landesverbandes zur Unterstützung der KandidatInnen-Wahl bei der Aufstellungsversammlung zur Bürgerschaftswahl am 15.01.2011

Auf dem Sonderparteitag am 20.6.2010 wurde heftig über die Frage debattiert, ob, wie und wer Empfehlungen für einen Listenvorschlag für die KandidatInnen zur Bürgerschaftswahl abgeben soll. Der Sonderparteitag gab schlussendlich dem Vorstand die Empfehlung auf, auf dem nächsten Landesparteitag einen Antrag einzubringen, der die Einsetzung einer Findungskommission und eine Mitgliederbefragung bezüglich der Listenreihenfolge beinhalten sollte. Die Findungskommission sollte nur mit Parteimitgliedern besetzt sein, die sich selbst nicht zur Wahl stellen; die Empfehlungen der Findungskommission sollten mit 3/4-Mehrheit ausgesprochen werden. Der Landesvorstand rief daraufhin Interessierte dazu auf, sich für die Findungskommission bereitzustellen. Bis zum gesetzten Stichtag am 23.9.2010 haben

sich 22 Mitglieder der Partei zur Mitarbeit in der Kommission bereit erklärt.

Etwas später brachte Genosse Helmut Kersting ein alternatives Modell zur Unterstützung der Aufstellungsversammlung in die Debatte ein, welches im Wesentlichen umfangreiche Vorstellungsveranstaltungen für alle BewerberInnen in allen Kreisverbänden vorschlägt. Auf einer gutbesuchten Veranstaltung zur Diskussion der verschiedenen Möglichkeiten (Gast: Werner Dreibus vom Bundesvorstand) am Freitag, 20.08. 2010 zeigte sich, dass dieser Vorschlag auf große Zustimmung stieß. Gleichzeitig waren aber viele Anwesende der Meinung, dass die Einsetzung einer Findungskommission trotzdem eine wertvolle Maßnahme zur Herbeiführung einer qualitativ hochwertigen und parteipolitisch ausgewogenen Listenaufstellung sein könnte.

Der Landesvorstand hat sich daher dazu entschlossen, eine neutrale Position zu beziehen. Er bringt die verschiedenen Möglichkeiten (Findungskommission, Vorstellungsveranstaltungen, Mitgliederbefragung) in drei getrennten Anträgen ein, die ihrerseits verschiedene Möglichkeiten zur Ausgestaltung enthalten. Die Anträge sind beliebig miteinander

kombinierbar, dem Parteitag steht es frei, einen, zwei oder auch alle drei Möglichkeiten zu beschließen oder abzulehnen. Der Vorstand legt die Entscheidung darüber in die Hände des Parteitags. Er ruft jedoch die VertreterInnen der verschiedenen Einzelpositionen dazu auf, Anträge zu formulieren und zu begründen, bestimmte Maßnahmen zu beschließen und andere abzulehnen.

Antrag: der Parteitag möge zur Klärung der Maßnahmen zur Unterstützung der

KandidatInnen-Wahl bei der Aufstellungsversammlung zur Bürgerschaftswahl am 15.01.2011 über die folgenden drei Anträge befinden:

1. **Einsetzung einer Findungskommission**
2. **Veranstaltungen zur Vorstellung der BewerberInnen für die Bürgerschaft in den Kreisverbänden**
3. **Durchführung einer Mitgliederbefragung für einen KandidatInnen-Vorschlag**

WK 2-1

Antragsteller: Landesvorstand

Einsetzung einer Findungskommission

Im Teil a) werden die Aufgaben und Anforderungen an die Findungskommission bestimmt. Für die Größe der Kommission sind unterschiedliche Vorschläge gemacht worden. Falls der Parteitag die Einsetzung einer Kommission in a) befürwortet, bestimmt er in Teil b), welche der Alternativen zum Umfang der Kommission zum Tragen kommen.

Der Parteitag möge in Einzelabstimmung für die Teile a) und b) beschließen:

1 a) Konstituierung Aufgaben, Arbeitsweise 2 der Findungskommission

- 3 1. Der Parteitag setzt eine Kommission
- 4 ein zur Findung geeigneter
- 5 KandidatInnen für die vorderen
- 6 Plätze der Liste zur Bürgerschaftswahl
- 7 2011 (Findungskommission).

- 8
 - 9
 - 10
 - 11
 - 12
 - 13
 - 14
 - 15
 - 16
 - 17
 - 18
 - 19
 - 20
 - 21
 - 22
 - 23
 - 24
 - 25
 - 26
 - 27
 - 28
 - 29
 - 30
 - 31
 - 32
 - 33
 - 34
 - 35
 - 36
 - 37
 - 38
 - 39
 - 40
 - 41
 - 42
2. Die Kommission konstituiert sich unmittelbar nach ihrer Wahl. Sie führt in den zwei Wochen nach ihrer Konstitution Gespräche mit den relevanten BewerberInnen.
 3. Relevante BewerberInnen sind diejenigen, die ihre Bewerbung um einen Listenplatz bis zum 1.10.2010 gegenüber der Landesgeschäftsstelle angezeigt haben, und die beabsichtigen, auf einem aussichtsreichen vorderen Listenplatz zu kandidieren. BewerberInnen, die ihre Kandidatur von vornherein auf einen Nachrückerplatz einschränken, müssen von der Kommission nicht begutachtet werden.
 4. Nach Abschluss der Gespräche mit den BewerberInnen erarbeitet die Kommission auf einer Klausursitzung vor dem 21.11.2010 einen Vorschlag, welche der BewerberInnen sie für besonders geeignet hält. Die Kommission soll sich mit einer Dreiviertelmehrheit auf einen Vorschlag einigen. Der Vorschlag wird unverzüglich veröffentlicht.
 5. Der Vorschlag der Kommission muss mindestquotiert sein. Er umfasst 12 BewerberInnen. Er gibt keine Reihenfolge an, sondern führt die BewerberInnen in alphabetischer Reihenfolge auf. Es steht der Kommission frei, ihren Vorschlag zu begründen.

- 43 6. In der Kommission dürfen nur solche
 44 Vorbehalte gegen KandidatInnen
 45 vorgebracht werden, zu denen die
 46 Betreffenden im Gespräch mit der
 47 Kommission auch die Möglichkeit
 48 hatten sich zu äußern.
- 49 7. Die Kommission entscheidet nach
 50 folgenden Kriterien: *[weitere*
 51 *Vorschläge sind erbeten]*
 52 - Zuverlässigkeit bei der politischen
 53 Arbeit
 54 - fachliche Kompetenz
 55 - Teamfähigkeit
 56 - Zusammenarbeit mit der Partei
- 57 8. Der Vorschlag der Kommission wird
 58 der Aufstellungsversammlung am
 59 15.01.2011 zur Kenntnis gegeben.

74 teilnehmen, sind stimmberechtigte
 75 Mitglieder der Kommission.

(Die Mitglieder, die sich bis zum 23.09.2010
 für eine Mitgliedschaft in der
 Findungskommission gemeldet hatten, sind:

Alpers	Agnes
Arndt	Gerhard
Bonk	Marion
Brinkmann	Antonie
Busse	Joachim
Döding	Michael
Ebbers	Helga
Gaebelein	Raymund
Grützner	Friedhelm
*Güthler	Jörg
Horn	Michael
Hundt	Marlies
Kramm	Brigitte
Mahlstedt	Rolf
Maurer	Anke
Nathow	Rainer
Petmecky	Cornelia
*Schepers	Norbert
Schober	Wolfgang
Steglich	Manfred
Strietzel	Detlef
Wechselbaum	Christian

60

61

62 **b) Größe**

- 63 1. Die Kommission besteht aus 12
 64 Mitgliedern, die unter Einhaltung der
 65 Mindestquotierung vom Parteitag
 66 gewählt werden.
- 67 2. Die Kommission besteht aus den 22
 68 Mitgliedern, die sich bis zum
 69 23.09.2010 dafür gemeldet haben.
- 70 3. Die Mitglieder der Kommission sind
 71 nicht festgelegt. Alle Mitglieder der
 72 Kreisverbände in Bremen-Stadt, die
 73 an einer Sitzung der Kommission

*: zurückgezogen

Entscheidung	TEIL A	TEIL B
angenommen		
abgelehnt		
nicht befasst		
überwiesen an:		

WK 2-2-1

Antragsteller: Landesvorstand

- 1 **Veranstaltungen zur Vorstellung der**
- 2 **BewerberInnen für die Bürgerschaft in den**
- 3 **Kreisverbänden**
- 4
- 5 1. Zur Vorbereitung der
- 6 Aufstellungsversammlung (und des
- 7 Mitgliederentscheids, so er vom
- 8 Parteitag beschlossen wird) finden in
- 9 den drei stadtbremischen
- 10 Kreisverbänden BewerberInnen-
- 11 Veranstaltungen statt. Sie sollen den
- 12 Mitgliedern die Möglichkeit geben,
- 13 die jeweiligen BewerberInnen besser
- 14 kennen und einschätzen zu lernen.
- 15 2. Die Veranstaltungen finden im
- 16 Zeitraum vom 21.11. bis 10.12.2010
- 17 statt. Sie werden vom jeweiligen
- 18 Kreisvorstand durchgeführt.
- 19 3. Elemente der Veranstaltungen
- 20 können sein: Vorstellungsrede,
- 21 Podiumsdiskussion, Workshop, Speed

- 22 Dating, ... Auf Gleichbehandlung der
- 23 KandidatInnen ist zu achten.
- 24 4. Die Kreisvorstände verständigen sich
- 25 auf ein zeitlich abgestimmtes
- 26 Verfahren, welches erlaubt, dass
- 27 jede/r BewerberIn in allen drei
- 28 Kreisverbänden an einer
- 29 Veranstaltung teilnimmt.
- 30 5. Die BewerberInnen sind aufgefordert,
- 31 ihre eigenen Stärken darzustellen und
- 32 nicht die vermeintlichen Schwächen
- 33 der anderen BewerberInnen. Alle
- 34 Mitglieder sind zu fairem und
- 35 solidarischen Verhalten aufgerufen.
- 36 6. Vorstellen sollen sich alle
- 37 BewerberInnen, die von der
- 38 Findungskommission in die Gruppe
- 39 der empfohlenen 12 BewerberInnen
- 40 gewählt worden sind.
- 41 7. Darüber hinaus können sich alle
- 42 BewerberInnen vorstellen, die bis
- 43 zum 1.10. ihre Bewerbung für die
- 44 Liste abgegeben haben und
- 45 vorhaben, sich auf einen der ersten
- 46 12 Plätze zu bewerben. Ihr Wunsch
- 47 nach Teilnahme an den
- 48 Vorstellungsveranstaltungen ist im
- 49 Landesbüro anzumelden.

Entscheidung des Landesparteitages	
angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

WK 2-2-2

Antragsteller: Landesvorstand

KandidatInnen-Aufstellung: Voten bzw. Empfehlungen durch Gliederungen und Zusammenschlüsse des Landesverbandes klären!

Der Landesparteitag möge entscheiden:

- 1 1. Voten oder Empfehlungen durch
- 2 Gliederungen oder Zusammenschlüsse
- 3 des Landesverbandes für oder gegen
- 4 BewerberInnen auf
- 5 KandidatInnenplätze für die
- 6 Bürgerschaftswahl sind **nicht**
- 7 erwünscht.
- 8 ODER

- 9 2. Voten oder Empfehlungen durch
 10 Gliederungen oder Zusammenschlüsse
 11 des Landesverbandes *für*
 12 BewerberInnen auf
 13 KandidatInnenplätze für die
 14 Bürgerschaftswahl **sind** erwünscht.
 15 Voten oder Empfehlungen *gegen*
 16 BewerberInnen sind **nicht** erwünscht.

Empfehlungen für bestimmte BewerberInnen abgeben möchten. Damit sich alle Gliederungen und BewerberInnen darauf einstellen können, soll vom Parteitag frühzeitig und offen geklärt werden, ob dies als wünschenswert erachtet wird oder nicht.

Die Antragsteller gehen davon aus, dass Empfehlungen oder Voten *gegen* BewerberInnen in jedem Falle unerwünscht sind.

Begründung: es liegt nahe, dass Gliederungen oder Zusammenschlüsse des Landesverbandes aus ihrem politischen Arbeitsbereich heraus

Entscheidung	Variante 1	Variante 2
angenommen		
abgelehnt		
nicht befasst		
überwiesen an:		

W2-3

Antragsteller: Landesvorstand

Durchführung einer Mitgliederbefragung für einen KandidatInnen-Vorschlag

Im Teil a) wird Fragestellung und Verfahren der Mitgliederbefragung bestimmt. Für die Anzahl der per Mitgliederbefragung zu empfehlenden BewerberInnen sind unterschiedliche Vorschläge gemacht worden. Falls der Parteitag die Durchführung einer Mitgliederbefragung in a) befürwortet, bestimmt er im Teil b), welche der Alternativen zur Anzahl der auszuwählenden BewerberInnen zum Tragen kommen. Teil c) erlaubt die Abstimmung der Alternativen für die Benennung des ersten Platzes.

Der Parteitag möge in Einzelabstimmung für die Teile a), b) und c) beschließen:

1 a) Mitgliederbefragung

- 2 1. Zur Ermittlung eines Vorschlags für
 3 die ersten Plätze der Liste zur
 4 Bürgerschaftswahl 2011 wird eine
 5 Mitgliederbefragung durchgeführt.

- 6 Die Mitgliederbefragung bezieht
 7 sich auf die Liste für den
 8 Wahlbereich Bremen-Stadt.
 9 Stimmberechtigt sind die Mitglieder
 10 der stadtbremischen Kreisverbände.
 11 2. Die Fragestellung lautet: „Welche
 12 BewerberInnen sollen der
 13 Aufstellungsversammlung am
 14 15.01.2011 für die vorderen X
 15 Listenplätze vorgeschlagen
 16 werden?“ Es können X Stimmen
 17 durch Ankreuzen vergeben werden.
 18 Häufeln ist nicht zulässig. Die
 19 Mindestquotierung ist bei der
 20 Stimmabgabe einzuhalten.
 21 • Auf dem Stimmzettel werden
 22 folgende BewerberInnen
 23 aufgeführt:
 24 die von der Findungskommission
 25 vorgeschlagenen BewerberInnen
 26 • weitere relevante BewerberInnen,
 27 die ihren Teilnahmewunsch an der
 28 Mitgliederbefragung bis zum
 29 5.12.2010 im Parteibüro
 30 angemeldet haben.
 31 3. Relevante BewerberInnen sind
 32 diejenigen, die ihre Bewerbung um
 33 einen Listenplatz bis zum 1.10.2010
 34 gegenüber der
 35 Landesgeschäftsstelle angezeigt

36	haben, und die beabsichtigen, auf	79	von Stimmen und die Einhaltung
37	einem der X Listenplätze zu	80	der Mindestquotierung bestimmt
38	kandidieren, die Gegenstand der	81	die Reihenfolge der BewerberInnen
39	Mitgliederbefragung sind.	82	auf dem Listenvorschlag, welcher
40	• Am 10.12.2010 werden die	83	der Aufstellungsversammlung am
41	Unterlagen für den	84	15.01.2011 zur Kenntnis gegeben
42	Mitgliederbefragung verschickt. Sie	85	wird.
43	umfassen:	86	
44	• einen Wahlzettel nebst	87	b) Anzahl der zu empfehlenden
45	Wahlzettelumschlag	88	BewerberInnen
46	• einen frankierten	89	1. Die Mitgliederbefragung
47	Rücksendeumschlag an die	90	entscheidet über einen Vorschlag
48	Landesgeschäftsstelle	91	für die Plätze 1 und 2.
49	• einen mit Namen und	92	2. Die Mitgliederbefragung
50	Mitgliedsnummer versehenen	93	entscheidet über einen Vorschlag
51	Zettel, auf dem das Mitglied	94	für die Plätze 1 bis 6.
52	unterschreibt, die Stimme selbst	95	3. Die Mitgliederbefragung
53	abgegeben zu haben und der mit	96	entscheidet über einen Vorschlag
54	dem verschlossenen	97	für die Plätze 1 bis 10.
55	Wahlzettelumschlag im	98	4. Die Mitgliederbefragung
56	Rücksendeumschlag an die	99	entscheidet sowohl über einen
57	Landesgeschäftsstelle	100	Vorschlag für die Plätze 1 und 2
58	zurückzusenden ist	101	("SpitzenkandidatInnen") als auch
59	• eine Erläuterung zum	102	über einen Vorschlag für die Plätze
60	Wahlverfahren	103	3-12. In diesem Fall müssen die
61	• die Bewerbungen der	104	BewerberInnen extra angeben, ob
62	BewerberInnen	105	sie für den weiblichen/männlichen
63	• ein Anschreiben der	106	Spitzenplatz kandidieren wollen.
64	Findungskommission, in dem die		
65	von ihr vorgeschlagenen	107	c) Bestimmungen für Platz 1
66	BewerberInnen genannt sind.	108	1. Für Platz 1 wird eine Frau
67	4. Bis zum Montag, 21.12.2010, 18	109	vorgeschlagen.
68	Uhr, können die Wahlzettel im	110	2. Für Platz 1 wird der/die BewerberIn
69	Umschlag bei der	111	vorgeschlagen, auf den/die bei der
70	Landesgeschäftsstelle abgegeben	112	Mitgliederbefragung die meisten
71	werden. Am Dienstag, 22.12.2010,	113	Stimmen entfielen.
72	werden die eingegangenen	114	3. Der Aufstellungsversammlung
73	Stimmen durch die	115	werden sowohl die Bewerberin als
74	Wahlkommission des Parteitags	116	auch der Bewerber mit jeweils den
75	öffentlich ausgezählt und das	117	meisten Stimmen für den Platz 1
76	Ergebnis bekannt gegeben.	118	vorgeschlagen.
77	5. Die auf die einzelnen		
78	BewerberInnen entfallene Anzahl		

Entscheidung	TEIL A	TEIL B	TEIL C
angenommen			
abgelehnt			
nicht befasst			
überwiesen an:			

WK 3

Frauen nach vorn

Antragssteller: Kreisvorstand LdW

Antragstext:

- 1 Die Quotierung der Listenplätze zur
- 2 Bürgerschaftswahl 2011 ist unbedingt
- 3 einzuhalten bis mindestens Listenplatz 16. Die
- 4 ungeraden Listenplätze sind für weibliche
- 5 Kandidatinnen vorzuhalten. Auf den geraden
- 6 Listenplätzen können Frauen und Männer
- 7 kandidieren.

Antragsbegründung:

In unserer Partei findet aktuell die Diskussion zur Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit in der LINKEN statt. Ziel der Diskussion ist es, die Partei für Frauen und Wählerinnen attraktiver zu gestalten.

Unsere weiblichen Mitgliederzahlen im Landesverband Bremen schwanken je

Kreisverband zwischen 25-33 Prozent. Bei der Bürgerschaftswahl 2007 wurden wir von 6,7% der Frauen gewählt (im Vergleich: 10,8% der Männer wählten DIE LINKE).

Wir wollen erreichen, dass uns 2011 mehr Frauen als interessant wahrnehmen und mehr Frauen wählen.

Neben der Durchführung des Frauenwahlkampfes bzw. einer Frauenwahlkampagne ist es unseres Erachtens notwendig, dass die Quotierung der Listenplätze zur Bürgerschaftswahl 2011 mindestens eingehalten wird.

Um erfolgreich mehr Frauen als Wählerinnen, Sympathisantinnen und Mitglieder der LINKEN zu gewinnen, möchten wir, dass der Landesparteitag beschließt, die Quotierung der Listenplätze zur Bürgerschaftswahl 2011 unbedingt einzuhalten bis mindestens Listenplatz 16. Das heißt, dass die ungeraden Listenplätze für weibliche Kandidatinnen vorzuhalten sind. Auf den geraden Listenplätzen können Frauen und Männer kandidieren.

Entscheidung des Landesparteitages	
angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

WK 4

Antragsteller/innen: Doris Achelwilm, Wolfgang Arndt, Claudia Bernhard, Hans-Georg Endler-Bayanifar, Heinz-Gerd Hofschien, Sönke Hundt, Barbara Matuschewski, Brigitte Nauhaus-Hofschien, Ullrich Peter Kokott, Jan Restat, Christoph Spehr, Manfred Steglich

- 1 **Unsere Anforderungen und Kriterien für**
- 2 **eine Liste zur Bürgerschaftswahl 2011**
- 3
- 4 2007 war DIE LINKE Bremen der erste
- 5 westdeutsche Landesverband, der in ein
- 6 Landesparlament einzog. Mit 8,4 Prozent
- 7 konnten wir 7 Abgeordnete stellen. 2011
- 8 wollen wir dieses Ergebnis deutlich steigern;
- 9 die Ergebnisse der Bundestagswahl 2009
- 10 und der letzten Umfragen lassen dies
- 11 realistisch erscheinen. Mit der Wahl 2011
- 12 schlagen wir ein neues Kapitel auf. Mit dem
- 13 ersten regulären Wiedereinzug in ein

14	westdeutsches Landesparlament und einem	67	
15	zweistelligen Ergebnis wollen wir zeigen,	68	
16	dass DIE LINKE im Bundesland Bremen zu	69	
17	einer notwendigen politischen Kraft	70	
18	geworden ist, auf die viele Menschen ihre	71	
19	Hoffnungen setzen. Damit übernehmen wir	72	
20	auch die Verantwortung, noch stärker und	73	
21	aktiver dafür zu kämpfen, dass der	74	
22	Katastrophenkurs des neoliberalen	75	
23	Kapitalismus in naher Zukunft beendet und	76	
24	eine politische Wende eingeleitet wird. Wir	77	
25	reduzieren uns dabei nicht auf	78	
26	Parlamentarismus und machen uns nicht	79	
27	von Wahlergebnissen abhängig. Aber die	80	
28	Vertretung im Parlament ist ein wichtiges	81	
29	Element unserer politischen Strategie.	82	
30		83	
31	Die Listenaufstellung und die daraus	84	
32	folgende Fraktion müssen diesem Anspruch	85	
33	genügen. Trotz großer politischer Erfolge	86	
34	des Landesverbandes sind in der letzten	87	
35	Legislaturperiode auch viele Probleme	88	
36	deutlich geworden. Wir erwarten, dass es	89	
37	mit einer neuen Fraktion besser wird. Aus	90	
38	den Erfahrungen der Vergangenheit	91	
39	erwachsen für uns bestimmte Ansprüche an	92	
40	eine neue Fraktion und an die Kandidaten	93	
41	und Kandidatinnen. Für deren Auswahl hält	94	
42	der Parteitag die folgenden Kriterien für	95	
43	grundlegend:	96	
44		97	
45	1. Die Fraktion muss in ihrer	98	
46	Zusammensetzung	99	
47	1. die wichtigsten Politikfelder	100	
48	kompetent abdecken, d.h. es	101	
49	müssen Genossinnen und Genossen	102	
50	mit Erfahrung und Kenntnissen in	103	
51	den verschiedenen Feldern unserer	104	
52	Arbeit – von der Sozial- bis zur	105	
53	Bildungspolitik, von der Finanz- bis	106	
54	zur Kulturpolitik – aufgestellt	107	
55	werden;	108	
56	2. die höchstmögliche Zustimmung in	109	
57	der Wählerschaft finden, d.h. es	110	
58	müssen Genossinnen und Genossen	111	
59	aufgestellt werden, die in	112	
60	bestimmten Wählergruppen oder	113	
61	allgemein durch ihre Arbeit und ihr	114	
62	Engagement bekannt sind. Das	115	
63	heißt auch, dass die Mitglieder der	116	
64	künftigen Fraktion ein	117	
65	unterschiedliches Profil haben	118	
66	sollten;	119	
			3. die Gewähr dafür bieten, dass
			unsere politischen Inhalte positiv,
			seriös und kompetent vermittelt
			werden. Das heißt auch, dass die
			Mitglieder der künftigen Fraktion in
			ihrem Auftreten in der Lage sein
			müssen, die Partei im Parlament
			wie außerhalb selbstbewusst und
			überzeugend zu repräsentieren.
		2.	Der Landesverband muss sich inhaltlich
			auf seine Fraktion und seine
			Abgeordneten verlassen können. Dazu
			gehört:
		1.	Klarheit in der politischen
			Grundhaltung. Wir erwarten, dass
			die Opposition zum politischen
			System, die Bedeutung der
			außerparlamentarischen Aktion und
			die Orientierung auf die Interessen
			unserer Zielgruppen
			selbstverständlich sind und nicht
			von der Neigung zu
			parlamentarischer Anerkennung
			und persönlichem Repräsentieren
			überlagert werden.
		2.	Fachliche Qualifikation und die
			Bereitschaft, diese zusammen mit
			der Partei weiterzuentwickeln.
			Unsere Opposition zur
			herrschenden Politik muss
			kompetent, kenntnisreich und
			praktisch orientierend sein. Dabei
			kommt den Möglichkeiten und
			Ressourcen einer Fraktion eine
			wichtige Rolle zu. Wir brauchen
			Abgeordnete, die zusammen mit
			der Partei daran arbeiten, Protest in
			linke Hegemonie zu überführen.
		3.	Fähigkeit zur Teamarbeit. Wir
			erwarten, dass eine linke Fraktion
			sich um Zusammenarbeit bemüht
			und dass ihre Abgeordneten nicht
			gegeneinander arbeiten, sondern
			miteinander. Eine Situation, in der
			einzelne Abgeordnete
			nebeneinander stehen und
			vorrangig ihre Terrains absichern,
			ist völlig kontraproduktiv. Wir
			wollen eine demokratische Fraktion,
			in der wichtige Entscheidungen
			gemeinsam getroffen werden, und
			eine sozialistische Fraktion, die
			bereit ist ihre Fähigkeiten auch zu

120 bündeln und gezielt einzusetzen, bei
 121 aller notwendigen individuellen
 122 Eigenständigkeit.
 123 4. **Fähigkeit zur politischen Initiative.**
 124 Wir erwarten, dass nicht nur
 125 reagiert wird – auf das Agieren der
 126 anderen Parteien, die Themen der
 127 Presse und die Bedürfnisse von
 128 Interessengruppen – sondern
 129 **gemeinsam mit der Partei**
 130 Kampagnen für unsere politischen
 131 Inhalte organisiert werden, die
 132 längerfristig angelegt sind und in die
 133 sich die parlamentarischen
 134 Aktivitäten genauso einordnen, wie
 135 außerparlamentarische Bündnisse
 136 und sozialer Widerstand.
 137 5. **Frauen- und Migrationspolitik**
 138 sollte in allen Politikfeldern verfolgt
 139 und aufbereitet werden, dabei ist
 140 dies nicht nur als **eigenständige**
 141 Aufgabe sondern auch als
 142 **Querschnittsthema** zu begreifen.
 143
 144 3. Der Landesverband muss sich
 145 **politisch** auf seine Fraktion und
 146 seine Abgeordneten **verlassen**
 147 können. Dazu gehört:
 148 1. Die **enge Kooperation mit dem**
 149 **Landesverband**, seiner Basis und
 150 seinen Organen, mit dem
 151 Landesvorstand und den
 152 Arbeitsgruppen, und die
 153 **Anerkennen der politischen**
 154 **Führungsrolle der Partei.** Wir
 155 erwarten, dass die Partei
 156 frühzeitig in die Planungen der
 157 Fraktion einbezogen wird, dass
 158 Abgeordnete und ihre
 159 MitarbeiterInnen in den AGs
 160 mitarbeiten, dass der
 161 Landesvorstand vor wichtigen
 162 Entscheidungen konsultiert wird.
 163 2. Eine **vorbildliche**
 164 **Arbeitgeberrolle**, die unseren
 165 politischen Prinzipien und
 166 Forderungen genügt. Wir
 167 erwarten, dass Arbeitgebermacht
 168 nicht ausgenutzt wird, dass gute
 169 Arbeit, starke
 170 Beschäftigtenrechte und ein

171 kooperatives Betriebsklima
 172 unseren Abgeordneten wichtig
 173 sind, auch da wo sie selbst
 174 Arbeitgeber sind.
 175 3. Ein **sensibler, selbstkritischer**
 176 **Umgang mit Macht** und die
 177 Bereitschaft, die Ressourcen der
 178 Fraktion und der Abgeordneten
 179 im Sinne und zum Nutzen der
 180 Partei einzusetzen und nicht für
 181 persönliche Vorteile oder für
 182 Machtkämpfe gegen die Partei
 183 oder für innerparteiliche
 184 Auseinandersetzungen und
 185 Rivalitäten missbraucht werden.

Begründung

Die Listenaufstellung 2011 muss hinsichtlich der genannten Kriterien einen **Neuanfang** markieren. Wir möchten keine Fraktion mehr, die den Link zur Parteiwebsite dauerhaft entfernt, nur um die Partei zu ärgern. Wir möchten keine Fraktion mehr, in der Entlassungen als Normalität empfunden werden. Wir möchten keine Fraktion mehr, in der die Konkurrenz zwischen den Abgeordneten ein Ausmaß erreicht, das den Landesverband permanent belastet. Wir möchten keine Fraktion mehr, die den Landesverband durch Einbehalten ihrer Mandatsträgerbeiträge finanziell zu erpressen versucht. Wir möchten keine Fraktion mehr, die den Landesverband über Probleme und Schwierigkeiten erst nach der Presse informiert. Wir möchten keine Fraktion mehr, deren Kritik an anderen Arbeitgebern in andauerndem Widerspruch zu ihrem eigenen Handeln steht. Wir möchten keine Fraktion mehr, die ihre Öffentlichkeitsarbeit als Reklame für sich und für einzelne Abgeordnete missversteht und die ihre Wiederaufstellung nicht durch politische Verlässlichkeit, sondern durch Selbstbewerbung zu erreichen sucht. Hier muss seitens der Partei ein Schnitt erfolgen, der die Glaubwürdigkeit unseres politischen Handelns auch auf der Ebene einer Fraktion sicherstellt.

Entscheidung des Landesparteitages (zu WK4)	
angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

WK 5

AntragstellerInnen: Doris Achelwilm, Klemens Alff, Gerd Arndt, Wolfgang Arndt, Claudia Bernhard, Bernd Brejla, Hans-Georg Endler-Bayanifar, Marlies Hundt, Sönke Hundt, Ullrich Peter Kokott, Brigitte Kramm, Reinald Last, Cornelia Petmecky, Andreas Punke, Jan Restat, Wilfried Scharthenberg, Norbert Schepers, Gabriele Schmidt, Christoph Spehr, Manfred Steglich, Ingo Tebje

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Fragenkatalog für BewerberInnen für eine**
2 **Kandidatur zur Bürgerschaftswahl 2011**
3
4 Die Aufstellungsversammlungen in Bremen
5 und Bremerhaven werden 2011 die
6 Kandidatinnen und Kandidaten für die
7 Bürgerschaftswahl 2011 wählen, die bei
8 einem Wahlerfolg für 4 Jahre unsere Politik
9 und den Landesverband DIE LINKE. Bremen
10 in der Bürgerschaft repräsentieren.
11 Die Bewerberinnen und Bewerber für eine
12 Kandidatur zur Bürgerschaftswahl 2011
13 werden aufgefordert, den angefügten
14 Fragenkatalog bis Anfang Dezember 2010
15 zu beantworten, damit die auf den
16 Aufstellungsversammlungen
17 wahlberechtigten Mitglieder die
18 Möglichkeit haben, sich ein umfassenderes
19 Bild über die Bewerberinnen und Bewerber
20 zu machen als es in einer zeitlich
21 begrenzten Vorstellung möglich ist.
22 Die Antworten werden zusammen mit dem
23 jeweils eigenen Bewerbungstext im Internet
24 im parteiinternen Forum veröffentlicht und
25 in Papierform in der Landesgeschäftsstelle
26 und den Kreisbüros, bei den

27 Kreisvorständen und anderen geeigneten
28 Stellen zur Verfügung gestellt.
29
30 **Fragen an alle Bewerberinnen und**
31 **Bewerber für die Bürgerschaftswahl 2011**
32 **DIE LINKE. Bremen**
33
34 1. Wo liegen deine politischen Interessen-
35 /Arbeitsschwerpunkte und wie setzt du dich
36 bereits heute dafür ein (bitte konkrete
37 Beispiele)?
38
39 2. Wo und wie engagierst du dich innerhalb
40 der Partei (BAG, LAG, Strömung, Ämter,
41 Aktionen, Wahlkämpfe etc.)?
42
43 3. Wo engagierst du dich außerhalb der
44 Partei? Bist du Mitglied in anderen
45 Organisationen und in welcher Weise
46 arbeitest du dort mit?
47
48 4. Eine unserer Forderungen heißt „Weg mit
49 Hartz IV“, der Bremer Landesparteitag hat
50 die Armutsbekämpfung zur vorrangigen
51 Aufgabe des Landesverbandes erklärt. Wie
52 willst du an der Erfüllung dieser Aufträge
53 mitwirken?
54
55 5. Was sind deiner Meinung nach neben der
56 Armutsbekämpfung die wichtigsten
57 Aufgaben der politischen Arbeit einer
58 Fraktion der LINKEN in der nächsten
59 Legislaturperiode und was muss die
60 Fraktion konkret tun, um diese Aufgaben zu
61 erfüllen? Welche Schwerpunkte würdest du
62 für dich setzen?
63
64 6. Nenne und begründe die für dich
65 wichtigsten politischen Positionen, die für
66 dich auf keinen Fall verhandelbar sind
67 (wenn möglich auch mit landespolitischem
68 Bezug). Zu welchen Bedingungen könntest

- 69 du dir eine Tolerierung oder die Beteiligung
70 an einer Regierung vorstellen?
71
72 7. Durch die Reform der
73 Abgeordnetenbezüge werden zukünftig die
74 Gelder für die „bürgernahe
75 Mandatsausübung“ in der Gesamtsumme
76 an die Abgeordneten ausgezahlt ohne eine
77 vorher existierende Zweckgebundenheit.
78 Wie und in welchem Umfang willst du die
79 „bürgernahe Mandatsausübung“
80 gewährleisten?
81 Wirst du deine Mandatsträgerbeiträge
82 entsprechend den Statuten der LINKEN
83 spenden?
84
85 8. Wie stellst du dir als Abgeordnete eine
86 Zusammenarbeit vor mit: a.) dem Bremer
87 Landesverband, b.) den (Landes-
88)Arbeitsgemeinschaften, c.) deinem
89 Kreisverband, d.) den Mitgliedern der Basis,
90 e.) den Bürgerinnen und Bürgern, f.) den
91 Gewerkschaften und anderen
92 außerparlamentarischen Bewegungen und
93 Organisationen?
94 Sind für dich Beschlüsse des
95 Landesparteitages bindend? Wie willst du
96 die Mitglieder über deine Tätigkeit
97 informieren?
98
99 9. Wie stehst du zur Trennung von Amt und
100 Mandat?
101
102 11. Wie beurteilst du die Entwürfe für das
103 Bürgerschaftswahlprogramm (bitte ein
104 aussagekräftiges Statement)?
105
106 11. Wie beurteilst du den
107 Programmentwurf der Bundespartei (bitte
108 ein aussagekräftiges Statement)?
109
110 12. Abschließend bitte noch ein paar Worte
111 zu deiner persönlichen und politischen
112 Biografie.

Begründung:

Die gewählten KandidatInnen werden für 4 Jahre unsere Politik und den Landesverband

DIE LINKE.Bremen in der Bürgerschaft repräsentieren. Dieser Fragebogen soll den auf den Aufstellungsversammlungen wahlberechtigten Mitgliedern helfen, zusätzlich zu den üblichen Bewerbungsschreiben, deren Inhalt nicht normiert ist, ein umfassenderes Bild von den BewerberInnen um ein Mandat zu erhalten.

Die Zeit für eine persönliche Vorstellung und Fragen ist auf den Aufstellungsversammlungen stark begrenzt, so dass es in diesem Rahmen oft nicht möglich ist, konkrete Aussagen der BewerberInnen und Bewerber zu wichtigen Fragen zu erhalten, um sie besser kennen zu lernen.

Die Entscheidung, sich zur Wahl zu stellen, wird vor der Wahl während des Wahlkampfs bei allen BewerberInnen und bei einem Wahlerfolg bei allen Gewählten zur Folge haben, dass sie sich in den nächsten 4 Jahren im politischen Tagesgeschäft mit Fragen von Medien und BürgerInnen auseinandersetzen müssen. Somit ist der Fragenkatalog dafür bereits eine gute Übung.

Der Fragenkatalog ist keine Benachteiligung, falls sich zu einem späteren Zeitpunkt noch weitere BewerberInnen zu einer Kandidatur entschließen (dies ist laut Satzung bis zum Tag der Aufstellungsversammlung jederzeit möglich). Bei weiteren Anmeldungen von Bewerbungen wird auf den Fragenkatalog hingewiesen. Eine Veröffentlichung dieser Bewerbungen wird im Rahmen der zeitlichen Möglichkeiten vorgenommen, d.h., dass Bewerbungen am Aufstellungstag nicht mehr im gleichen Rahmen wie oben genannt öffentlich bekannt gemacht werden können.

Zusätzlich erhöht der Fragenkatalog sogar die Chance, im Falle von Krankheit oder anderen Verhinderungsgründen trotzdem als KandidatIn erfolgreich zu sein.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

WK 6

Antragsteller/in: Axel Strausdat, Inga Nitz

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Mit Blick auf die kommenden Wahlkämpfe zu
- 2 Beiräten, Stadtbürgerschaft und Bürgerschaft

- 3 (Landtag) fordert der Landesparteitag den
- 4 Landesvorstand auf, Schulungen zur
- 5 Kommunikation an Infoständen mit dem
- 6 Schwerpunkt der Argumentation gegen
- 7 Rechts, gegen Fremdenfeindlichkeit und
- 8 Rassismus zu organisieren, selbst anzubieten
- 9 oder vorzunehmen.

Entscheidung des Landesparteitages	
angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

WK 7

AntragstellerInnen: Doris Achelwilm, Claudia Bernhard, Hans-Georg Endler-Bayanifar, Dieter Gautier, Maja Imlau, Ulrich-Peter Kokott, Barbara Matuschewski, Anke Maurer, Michael Mork, Cornelia Petmecky, Jan Restat, Klaus-Rainer Rupp, Claudia Schwabe, Christoph Spehr, Manfred Steglich,

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Frauenwahlkampf zur Bürgerschaftswahl am**
- 2 **22. Mai 2011**
- 3
- 4
- 5 Der Landesverband Bremen führt zur
- 6 Bürgerschaftswahl 2011 einen
- 7 Frauenwahlkampf sowohl im Rahmen des
- 8 allgemeinen Wahlkampfes als auch als
- 9 eigenständiges Projekt.
- 10
- 11 **I. Ziele des Frauenwahlkampfes sind:**
- 12
- 13 1. Frauenpolitische Themen und Perspektiven
- 14 werden als wichtige Kompetenz der LINKEN
- 15 sichtbar gemacht.
- 16
- 17 2. DIE LINKE soll sich weiter zu einer Partei
- 18 entwickeln, in der Frauen denselben Anteil an

- 19 der Gestaltung, Entscheidung und
- 20 öffentlichen Darstellung der Politik haben wie
- 21 Männer.
- 22
- 23 3. Die Zahl der aktiven Frauen im Wahlkampf
- 24 und die Zahl der Wählerinnen soll erhöht
- 25 werden. Frauen sollen sich stärker mit der
- 26 LINKEN identifizieren können.
- 27
- 28 4. Das Wahlbüro möge eine
- 29 geschlechtergerechte Ansprache bei den
- 30 Werbematerialien berücksichtigen.
- 31
- 32 **II. Bestandteile und Voraussetzungen**
- 33 **des Frauenwahlkampfes sind:**
- 34
- 35 1. Die oben genannten Ziele finden in allen
- 36 Wahlkampfstrukturen und Aktivitäten
- 37 durchgehend Berücksichtigung.
- 38
- 39 2. Für alle Leitungsstrukturen und Gremien
- 40 des Wahlkampfes werden
- 41 geschlechterquotiert mindestens 50 Prozent
- 42 Frauenplätze zur Besetzung vorgehalten.
- 43
- 44 3. Die ersten beiden Plätze der Liste zur
- 45 Bürgerschaftswahl werden als quotierte
- 46 Doppelspitze behandelt. Die beiden
- 47 SpitzenkandidatInnen werden
- 48 gleichberechtigt in der Öffentlichkeit, in der

49 Medienarbeit und den Materialien
 50 präsentiert.
 51
 52 4. Feministische Politik und Frauenpolitik
 53 müssen zu den fachpolitischen Bereichen
 54 gehören, die von einer Kandidatin auf den
 55 vorderen Listenplätzen vertreten werden.
 56
 57 5. Bei der Besetzung der Beiratslisten wird
 58 angestrebt, verstärkt Plätze mit Frauen zu
 59 besetzen.
 60
 61 6. Bei Veranstaltungen wird angestrebt, dass
 62 auf den Podien / Bühnen mindestens so viele
 63 Frauen als AkteurInnen vertreten sind wie
 64 Männer.

Begründung:

Bei der Bundestagswahl 2009 haben im Land Bremen 16,1 Prozent der Männer DIE LINKE gewählt und 12,6 Prozent der Frauen. Bei der Bürgerschaftswahl 2007 im Wahlgebiet Bremen-Stadt wählten 11,1 Prozent der Männer und 7,0 Prozent der Frauen DIE LINKE. Während insgesamt 52,9 Prozent der gültigen Stimmen Frauen waren (und 47,1

Prozent Männer), entfielen von den für DIE LINKE abgegebenen Stimmen nur 41,5 Prozent auf Frauen und 58,5 Prozent auf Männer. Hier liegen Potenziale, die wir nicht ungenutzt lassen dürfen.

Für den Wahlkampf wird daher – wie auch sonst in der Partei – die Doppelstrategie angestrebt,
 a) den Wahlkampf zu „quotieren“ hinsichtlich der Planungsstrukturen, der Berücksichtigung tendenziell weiblicher und männlicher Politikzugänge und der paritätischen Präsenz von KandidatInnen,
 b) eigenständig mit spezifischen Materialien, Inhalten und Aktionen auf Frauen zuzugehen, sie anzusprechen und von der frauenpolitischen Qualität und Kompetenz der LINKEN zu überzeugen.
 Die quotierte Doppelspitze in der Fraktion und in der Partei hat einen Standard gesetzt, hinter den wir im Wahlkampf nicht zurückfallen dürfen. Gleichzeitig muss sichtbar werden, dass wir Frauenpolitik und feministischer Politik wieder einen relevanten Platz im Wahlkampf und in einer zukünftigen Fraktion zuweisen wollen.

Entscheidung des Landesparteitages	
angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

WK 8

Antragsteller/innen: Doris Achelwilm, Claudia Bernhard, Hans-Georg Endler-Bayanifar, Dieter Gautier, Maja Imlau, Ulrich-Peter Kokott, Barbara Matuschewski, Anke Maurer, Michael Mork, Cornelia Petmecky, Jan Restat, Klaus-Rainer Rupp, Claudia Schwabe, Christoph Spehr, Manfred Steglich,

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **Materielle Ausstattung des**
- 2 **Frauenwahlkampfes zur Bürgerschaftswahl**
- 3 **am 22. Mai 2011**
- 4
- 5 Die LINKE in Bremen begrüßt das Vorhaben
- 6 der Frauen AG, einen Frauenwahlkampf mit
- 7 folgenden Bausteinen durchzuführen:
- 8
- 9 1. In Publikationen und Materialien
- 10 (Newsletter, Wahlkampfflyer, Zeitungen etc.)
- 11 treten Frauen und Männer als AutorInnen
- 12 und AkteurInnen gleichberechtigt in
- 13 Erscheinung, dies gilt auch für Personenfotos.
- 14

15 2. Der Frauenwahlkampf wird hauptamtlich
 16 unterstützt durch die im Wahlkampfetat
 17 vorgesehene Stelle für Öffentlichkeitsarbeit
 18 und Frauenwahlkampf (3 Monate/30 Std).
 19 Der Frauenwahlkampf wird mit einem
 20 eigenen Etat-Anteil so abgesichert, dass er
 21 seine selbstgesteckten Ziele und Aufgaben in
 22 professioneller Qualität erreichen kann.
 23 (Richtschnur 10 Prozent plus Großfläche)
 24
 25 3. Für den Frauenwahlkampf sind mindestens
 26 folgende Öffentlichkeitsmaterialien
 27 vorgesehen:
 28 a) 1 Großfläche mit frauenpolitischem Inhalt
 29 (kein Personenplakat),
 30 b) 1 A0-Plakat-Motiv (in Anlehnung an die
 31 Großfläche),
 32 c) 1 Folder in ausreichender Auflage, der die
 33 wesentlichen frauenpolitischen Forderungen
 34 des Wahlprogramms der LINKEN Bremen als
 35 eine Art „Kompaktprogramm“
 36 zusammenfasst,
 37 d) 1 Broschüre, die auch mehrsprachig
 38 erscheint und auch spezifische Interessen von
 39 Frauen mit Migrationshintergrund
 40 berücksichtigt,
 41 e) eigene Kleinwerbemittel wie Postkarte, T-
 42 Shirt, Stifte etc.
 43

Begründung:

Zur Landtagswahl 2010 in Nordrhein-Westfalen hat DIE LINKE erstmals einen eigenen Frauenwahlkampf durchgeführt. Der Frauenwahlkampf allein konnte die „Geschlechterlücke“ bei der Wahl der LINKEN nicht kurzfristig schließen. Er hat aber wesentlich zur Aktivierung der Frauen und zum Gesamtprofil des Wahlkampfes beigetragen und DIE LINKE sowohl für Frauen

als auch für viele Männer attraktiver, moderner und bewegungsorientierter gemacht.
 Ziel des Frauenwahlkampfes der LINKEN zur Landtagswahl muss sein, insbesondere die von der Sozialdemokratie und den Grünen inhaltlich politisch enttäuschten Wählerinnen anzusprechen, vor allem aber die Nichtwählerinnen zu erreichen, die sich enttäuscht von der Politik abgewendet haben.

Frauenwahlkampf kann langfristige Defizite der allgemeinen Parteientwicklung nicht kurzfristig kompensieren. Er trägt aber in doppelter Hinsicht zu einem erfolgreichen Wahlkampf der LINKEN bei:

1. Weibliche Mitglieder bekommen die Möglichkeit, im Wahlkampf aktiver zu werden. Sie können damit in ihr Umfeld wirken, Sympathisantinnen aktivieren, stärker im Wahlkampf auftreten (gegen Parteiverdrossenheit wirken!)
2. Die gleichberechtigte Ausrichtung des Wahlkampfes an den Zugängen, den Interessen und der Kommunikationserwartung von Frauen verändert das Auftreten der Gesamtpartei. Themen, die Frauen in ihrer Situation betreffen, treten stärker in den Vordergrund, konkrete Handlungsmöglichkeiten ergänzen die programmatischen Aussagen. Damit überwindet DIE LINKE ihr Problem, in der Krise als rückwärtsgewandt zu erscheinen, einen zu kurzen Zeithorizont zu haben und eröffnet die Möglichkeit, direkt an konkreter Realität anzuknüpfen.

Entscheidung des Landesparteitages	
angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

O - Anträge mit organisationspolitischem Schwerpunkt

O1

Antragsteller/innen: Michael Horn, Thea Kleinert, Maja Imlau, Inga Nitz, Christian Wechselbaum

Landesparteitage regional stattfinden lassen, nicht nur lokal

Der Landesverband der Bremer LINKEN gliedert sich in vier Kreisverbänden innerhalb der beiden Städte Bremerhaven und Bremen. Die Parteitage des Bremer Landesverbandes finden in der Regel jedoch nur an wenigen Tagungsorten innerhalb der Stadtgemeinde Bremens statt. Auch in den Regionen Bremen-Nord, Bremerhaven oder Bremen-LdW ist das Wählerinnen- und Wählerpotential für unsere Partei sehr hoch, wie die Ergebnisse zur Bundestagswahl 2009 bezeugen. Auch in diesen Teilen unseres Bundeslandes haben wir

engagierte Mitglieder der LINKEN, die die Politik in den jeweiligen Stadtteilen mitgestalten und der LINKEN somit ein Gesicht verleihen.

Daher ist es wichtig, dass der Landesverband der Bremer LINKEN auch in Bremen-Nord, Bremerhaven und Bremen-LdW öffentlichkeitswirksam präsent ist.

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 1. Die Landesparteitage finden - verbindlich -
- 2 abwechselnd in allen Regionen unseres
- 3 Bundeslandes beziehungsweise allen
- 4 Kreisverbänden statt.
- 5
- 6 2. Die jeweiligen Kreisvorstände des
- 7 Landesverbandes werden vom
- 8 Landesvorstand und der
- 9 Landesgeschäftsstelle in die Vorbereitung
- 10 und Organisation sowie in die Presse- und
- 11 Öffentlichkeitsarbeit eingebunden.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

O2

Antragsteller: Detlef Strietzel

Protestnote und Antrag

Sehr geehrtes Organ Landesparteitag,

am 8.10.2010 fand eine Kreismitgliederversammlung Nord-West statt, an der ich teilnahm. Es waren insgesamt 29 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Auf der Tagesordnung stand u.a. ein Antrag von sechs Mitgliedern aus dem Westen, unseren Kreisverband Nord-West zu teilen. Aufgrund großer Bedenken diesen Antrag wie gestellt so und jetzt zu diskutieren und zu

beschließen, wurde daraufhin ein Antrag auf Nichtbefassung/Vertagung mündlich gestellt. Das Ergebnis der Abstimmung lautete mehrheitlich auf Befassung.

Danach wurde von Kritikern der mündliche Antrag auf einen Mitgliederentscheid zur Trennung des Kreisverbandes Nord-West gestellt. Einen Mitgliederentscheid sieht unsere Landesverbandssatzung bei wichtigen Themen vor. Ein Mitgliederentscheid wurde mehrheitlich abgelehnt.

Nach einer kontroversen Diskussion wurde über den Trennungsantrag abgestimmt. Die Voten: 14 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen.

Nicht bedacht hatten die Befürworter der Kreisverbandsteilung, dass dafür vorher eine Ergänzung der Landessatzung, § 3, Mitglied im Kreisverband, Abschnitt (1) notwendig ist:

- I. Es fehlt der Modus, wie **derzeitige** Mitglieder im Kreisverband Nord-West in den „beschlossenen“ neuen Kreisverbänden übernommen werden. Zwangsweise? Freiwillig? Auf Antrag? Schriftlich? Mündlich?
- II. Auch fehlt ein Aufkündigungsmodus der bestehenden Mitgliedschaft im Kreisverband Nord-West.
- III. Ebenfalls nicht bedacht hatten die Befürworter der Kreisverbandsteilung Nord-West, dass es viele neue Mitglieder hierin gibt, **welche außerhalb** des bestehenden Kreisverbandsgebietes **wohnen**. **Diese** werden zum rechtskräftigen Zeitpunkt der Teilung des Kreisverbandes Nord-West **kreisverbandsmitgliedslos!**

Es kann nicht im Interesse des Landesverbandes Bremen sein, dass es nach der Teilung einen großen, vitalen, aktiven Kreisverband West geben wird, und einen kleinen, schwachen Kreisverband Nord, dem Exitus geweiht. Laut Teilungsantrag gibt es 107, teilweise sehr aktive, viele Mitglieder im Gebiet West, und nur 51 Mitglieder im Gebiet Nord (davon nur knapp 7 Aktive). Aufgrund dieser Realität ist derzeit die Existenz eines vitalfähigen neuen Kreisverbandes Nord nicht gegeben. Eine Teilung des Kreisverbandes Nord-West derzeit würde die Gefahr einer Störung unseres Parteifriedens bedeuten können. Diese Tatsache wurde hitzig diskutiert in der Kreismitgliederversammlung. Auch war es den Verweigerern des Mitgliederentscheides in der Kreismitgliederversammlung egal, ob Senioren, Kranke, Behinderte sowie Werkstätige die nicht anwesend sein konnten, von der Abstimmung möglicherweise ausgeschlossen waren. Eine Bevormundung.

- 1 Gemäß Landessatzung §§ 7 Abs. (2) und 10
- 2 Abs. (2) a, f und g **beantrage ich hiermit die**
- 3 **Abweisung des Teilungsbeschlusses** der
- 4 Kreismitgliederversammlung vom 8.10.2010
- 5 zur Teilung des Kreisverbandes Nord-West.
- 6 **Alternativ beantrage ich gemäß § 6, Abs. (2) c**
- 7 **einen Mitgliederentscheid** auf
- 8 Landesverbandsgebiet.

Hinweis: Um stadtteilbezogene Arbeit zu leisten, wurde am 21.09.2010 der Ortsverband Gröpelingen/Walle gegründet.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

03

Antragstellerin: Kreismitgliederversammlung
DIE LINKE. Bremen Nord-West vom 08.
Oktober 2010

Der LPT möge beschließen:

- 1 MandatsträgerInnen der LINKEN in der
- 2 Bremischen Bürgerschaft (Landtag)
- 3 beziehungsweise im Deutschen Bundestag
- 4 dürfen nicht gleichzeitig Sprecher/in
- 5 beziehungsweise Stellvertretende/r
- 6 Sprecher/in des Bremer Landesverbandes der
- 7 LINKEN sein.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

04

Antragsstellerin:
**Kreismitgliederversammlung Links der
Weser**

**Wahl zum Geschäftsführenden
Landesvorstand**

- 1 Der Landesparteitag hält eine Mitgliedschaft
- 2 in der Bremischen Bürgerschaft und eine
- 3 gleichzeitige Mitgliedschaft im

- 4 Geschäftsführenden Landesvorstand der
- 5 Partei für unvereinbar.
- 6
- 7 Der Landesparteitag empfiehlt daher bei der
- 8 Wahl der Mitglieder des Geschäftsführenden
- 9 Landesvorstand keine Kandidatinnen und
- 10 Kandidaten zu wählen, die angekündigt
- 11 haben für die Bürgerschaft kandidieren zu
- 12 wollen.
- 13
- 14 Der Landesvorstand wird aufgefordert, einen
- 15 ordentlichen Landesparteitag Ende Mai /
- 16 Anfang Juni 2011 einzuberufen, um die
- 17 Wahlen auszuwerten und gegebenenfalls
- 18 Nachwahlen/Abwahlen durchzuführen.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

05

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag empfiehlt für
- 2 Mandatsträger ab der kommenden
- 3 Legislaturperiode der Bremischen
- 4 Bürgerschaft folgende Regelungen:
- 5
- 6 1. Die Abgeordneten der LINKEN in der
- 7 Bremischen Bürgerschaft leisten ab der
- 8 18.Legislaturperiode einen monatlichen
- 9 Mandatsträgerbeitrag gemäß § 4 Abs. 2
- 10 der Landessatzung in Höhe von jeweils
- 11 500 Euro.
- 12 2. Die Fraktionsvorsitzenden leisten ab der
- 13 18.Legislaturperiode einen monatlichen
- 14 Mandatsträgerbeitrag in Höhe von
- 15 jeweils 3.000 Euro, die stellvertretenden
- 16 Fraktionsvorsitzenden in Höhe von
- 17 jeweils 2.000 Euro. Sollte die Fraktion nur
- 18 eine/n Fraktionsvorsitzende/n wählen,
- 19 leistet diese/r monatliche
- 20 Mandatsträgerbeiträge in Höhe von
- 21 4.500 Euro.
- 22 3. Alle Abgeordneten der LINKEN in der
- 23 Bremischen Bürgerschaft haben das
- 24 Recht und die Pflicht, offene
- 25 Abgeordnetenbüros zu führen und zu
- 26 unterhalten. Sie schließen sich zu diesem
- 27 Zweck zu einer oder mehreren
- 28 Abgeordnetengemeinschaften
- 29 zusammen. Alle Abgeordneten führen für
- 30 die offenen Abgeordnetenbüros
- 31 monatlich jeweils 450 Euro an die
- 32 Abgeordnetengemeinschaft ab. Die
- 33 bisherigen Büros bleiben erhalten. Die
- 34 Entscheidung über die Eröffnung weiterer
- 35 Büros wird in Abstimmung mit dem
- 36 Landesvorstand und dem betroffenen
- 37 Kreisvorstand getroffen.

- 38 4. Fraktion und Abgeordnetengemeinschaft
- 39 bilden eine Arbeitgeber-Gemeinschaft.
- 40 Abgeordnete, die als Arbeitgeber
- 41 zusätzliche Arbeitsverträge im Rahmen
- 42 ihrer Abgeordnetentätigkeit oder der
- 43 Betreuung der Abgeordnetenbüros
- 44 eingehen, treten ebenfalls der
- 45 Arbeitgeber-Gemeinschaft bei.
- 46 5. Für den Fall, dass die Erhöhung der
- 47 Bezüge der Fraktionsvorsitzenden und
- 48 der stellvertretenden
- 49 Fraktionsvorsitzenden entgegen der
- 50 Zusagen, die der LINKEN von anderen
- 51 Parteien gemacht wurden, zu einer
- 52 Reduzierung der Fraktionsmittel führt,
- 53 wird dies durch höhere Zahlungen der
- 54 Fraktionsvorsitzenden und der
- 55 stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden
- 56 an die Abgeordnetengemeinschaft
- 57 ausgeglichen. Ihre Mandatsträgerbeiträge
- 58 reduzieren sich dann entsprechend.
- 59 6. Für den Fall, dass Abgeordnete der
- 60 LINKEN den Posten eines
- 61 stellvertretenden Parlamentspräsidenten
- 62 übernehmen, gelten hinsichtlich der
- 63 Mandatsträgerabgaben die Regelungen
- 64 zu stellvertretenden
- 65 Fraktionsvorsitzenden.

Begründung:

In der 18.Legislaturperiode 2011-2014 greift das neue Abgeordnetengesetz, das gegen die Stimmen der LINKEN in diesem Jahr verabschiedet wurde. Es beinhaltet eine Erhöhung der Diäten, die Zusammenfassung bisheriger Einzelleistungen in eine pauschale Gesamtentschädigung, sowie die gesetzliche Festsetzung der erhöhten Entschädigungen für Fraktionsvorsitzende, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und das Parlamentspräsidium. Die LINKE muss daher neue Festlegungen zu den künftigen Mandatsträgerabgaben und zur künftigen Grundlage der Abgeordnetenbüros treffen.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

S - Antrag zum Umgang mit Satzungsändernden Anträgen

SO

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag befasst die noch
- 2 vorliegenden Anträge auf Änderung der
- 3 Landessatzung nicht.

Begründung:

Von den vorliegenden 29 Anträgen auf Satzungsänderung beziehen sich 5 auf den Landesrat, 8 auf die Landesarbeitsgemeinschaften, 4 auf den Landesparteitag, 4 auf den Landesvorstand, 2 auf die Kreisvorstände, 3 auf den Datenschutz, 1 auf die LandessprecherInnen, 1 auf die AGs und 1 auf die Landesgeschäftsstelle.

Die bisherige Nichtbehandlung der Anträge hat den Landesverband offensichtlich nicht in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Keiner der Anträge behandelt ein Problem, das von einem größeren Kreis von Mitgliedern als drängend empfunden würde. Das Beispiel der Satzungsänderung zum Landesrat zeigt, dass Satzungsänderungen auch nach Beschlussfassung erhebliche Kräfte binden, bis die Änderung in eine gewohnte Praxis übergeht.

Satzungsänderungen bedürfen der Zweidrittelmehrheit. Es ist davon auszugehen, dass sie diese nicht erreichen, wenn nicht vorher ausführliche Diskussionen im Landesverband dazu stattgefunden haben, in denen sich abzeichnet, dass eine breite Einigkeit besteht. Das ist bei keinem der vorliegenden Satzungsanträge der Fall. Es ist dem Parteitag nicht zuzumuten, die Diskussion erst auf dem Parteitag zu führen.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A allgemeinpolitische Anträge

A 1

Antragstellerin:
Kreismitgliederversammlung Mitte Ost

1 Der Landesparteitag möge folgenden Aufruf
2 unterstützen:
3
4 **26.11.: Sparpaket stoppen! Bundestag**
5 **belagern!**
6
7 Am 26. November 2010 will die
8 Bundesregierung ihr „Sparpaket“ im
9 Bundestag zur Abstimmung stellen. Ein
10 Drittel der Sparmaßnahmen liegt im
11 Sozialbereich. Es werden also insbesondere
12 diejenigen belastet, die ohnehin schon
13 wenig haben. Schon seit Jahren wird durch
14 den Abbau des Sozialstaates die Schere
15 zwischen arm und reich immer größer. Die
16 ärmsten zwei Drittel der Bevölkerung in der
17 Bundesrepublik verfügen gemeinsam
18 gerade mal über 10 Prozent des
19 gesellschaftlichen Vermögens, während die
20 reichsten 10 Prozent der BürgerInnen sich
21 zwei Drittel des Vermögens teilen. Mit dem
22 Argument, die Kassen seien leer, wurden
23 dennoch massive Angriffe (Hartz IV, Rente
24 mit 67 etc.) auf die Lebensgrundlage von
25 Erwerbslosen, Alleinerziehenden,
26 RentnerInnen und GeringverdienerInnen
27 gerechtfertigt.
28
29 **Rettungsschirm für die einen – „Sparpaket“**
30 **für die anderen**
31 Doch die Wirtschaftskrise hat gezeigt: Wenn
32 es um die Interessen der Banken und
33 Konzerne geht, ist auch Geld da! Für diese
34 wurden als „Schutzschirme“ über Nacht 500
35 Milliarden Euro bereitgestellt. Für diese
36 Ausgaben sollen nun aber nicht die
37 Profiteure der staatlichen Krisenpolitik, die
38 mittlerweile wieder hohe Gewinne
39 verzeichnen, sondern ArbeitnehmerInnen,
40 Erwerbslose und RentnerInnen zahlen. So
41 wird gesellschaftlicher Reichtum von unten

42 nach oben umverteilt, anstatt die
43 gesellschaftlichen Ursachen der Krise
44 anzugehen.
45
46 **Sag JA zum NEIN! Am Tag X selbst**
47 **abstimmen!**
48 Als ein breites Bündnis gesellschaftlicher
49 Gruppen rufen wir am Tag X zum
50 Widerstand gegen das Sparpaket auf. So
51 drastisch die Auswirkungen der
52 Regierungspläne im Alltag der Mehrheit der
53 Bevölkerung sein werden, so drastisch muss
54 auch unsere Gegenwehr ausfallen. Wir
55 werden es uns deshalb nicht nehmen
56 lassen, unmittelbar am Ort der
57 Entscheidung unser klares „Nein“ zum
58 Ausdruck zu bringen. Ob
59 Afghanistaneinsatz, Mindestlohn oder
60 Rente mit 67 – die Bundesregierung macht
61 Politik gegen unsere Interessen. Es ist
62 deshalb an der Zeit, dass wir selber
63 abstimmen: Gegen das Sparpaket der
64 Regierung und die Umverteilung von unten
65 nach oben – für eine solidarische
66 Gesellschaft!
67
68 **Wer kürzt, wird belagert! Rote Karte für**
69 **das Sparpaket!**
70 Wir werden als Akt des zivilen Ungehorsams
71 mit möglichst vielen Menschen am Tag der
72 Entscheidung über das „Sparpaket“ den
73 Bundestag belagern. Zusammen drücken
74 wir mit unserer Belagerung ein
75 unmissverständliches „Nein“ gegenüber
76 diesem Angriff auf unsere Interessen aus.
77 Wir lassen uns von keinem
78 Bannmeilengesetz (s. Kasten) davon
79 abhalten, unseren Protest direkt vor Ort zu
80 verdeutlichen. Wer es auf unsere
81 Lebensgrundlage abgesehen hat, muss mit
82 Störungen rechnen. Wir sind die
83 Betroffenen des Sparpakets und wir werden
84 da sein, wenn über unsere Köpfe hinweg
85 entschieden wird: Nicht in unserem Namen!
86 Spart euch euer Sparpaket, eure Krise,
87 euren Kapitalismus! Mit unserem Protest
88 gegen das Sparpaket sind wir nicht allein: In

89 Deutschland und ganz Europa sind für die
 90 nächsten Wochen Aktionen gegen die
 91 unsoziale Sparpolitik der herrschenden
 92 Regierungen angekündigt. Wir werden uns
 93 nicht gegeneinander ausspielen lassen,
 94 denn egal ob in der Bundesrepublik, in
 95 Griechenland oder woanders, wir haben
 96 dasselbe Ziel: Eine Welt, in der die
 97 Bedürfnisse der Menschen der Maßstab
 98 sind!

99
 100
 101 Mit der „**Bannmeile**“ rund um die
 102 Bundestagsgebäude, in der die
 103 Versammlungsfreiheit nur eingeschränkt
 104 gilt, wollen sich Regierung und Parlament
 105 unliebsamen Protest vom Leib halten. Nicht
 106 mit uns! Wir lassen uns von einer
 107 Bannmeile nicht davon abhalten, unseren
 108 legitimen Widerstand gegen das Sparpaket

109 zum Ausdruck zu bringen. Wir werden am
 110 Tag X in die Bannmeile strömen. Dass wir
 111 dadurch eventuell eine Ordnungswidrigkeit
 112 begehen, nehmen wir in Kauf, denn die
 113 Politik der Bundesregierung können wir
 114 nicht einfach hinnehmen.

115
 116 **Das soll gestrichen werden:**
 117 - **Elterngeld** für HartzIV-EmpfängerInnen
 118 (300 € pro Monat weniger, insb. für
 119 Alleinerziehende)
 120 - **Rentenversicherungsbeiträge** für HartzIV-
 121 EmpfängerInnen (mehr Altersarmut und
 122 Abwälzung des Einnahmefalls der
 123 Rentenkassen auf die Versicherten)
 124 - „**Übergangsgeld**“ für ALGI-
 125 EmpfängerInnen (egal wie lange in die
 126 Arbeitslosenversicherung eingezahlt wurde)
 127 - **Heizkostenzuschuss** beim Wohngeld (trotz
 128 steigender Energiekosten)

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A2

Antragsteller/in: Inga Nitz, Axel Strausdat

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag bittet alle Mitglieder im
- 2 Landesverband, an Gedenkveranstaltungen
- 3 zum 9. November 1938 – dem Gedenken an

- 4 Demütigungen, Deportationen und
- 5 Ermordungen jüdischer Bürger/innen in den
- 6 Novemberpogromen, insbesondere der
- 7 Reichspogromnacht – teilzunehmen und
- 8 immer wieder im Rahmen vorhandener
- 9 Möglichkeiten alle erdenklichen Maßnahmen
- 10 „Wider dem Vergessen“ zu ergreifen, sich
- 11 öffentlich gegen Rassismus, Antisemitismus
- 12 und Sexismus zu engagieren.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A3

Antragsteller/innen: Patrik Schulte, Lars Schmidt, Thorben Mahlstedt, Ingo Rehmke, Kreismitgliederversammlung Bremerhaven

Der Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Bremen möge beschließen:

- 1 1. Der Landesverband Bremen erklärt sich
- 2 solidarisch mit den Zehntausenden
- 3 Menschen, die mehrmals wöchentlich
- 4 gegen das Milliardenprojekt Stuttgart 21
- 5 protestieren und verurteilt die Polizeigewalt
- 6 gegenüber den DemonstrantInnen. Wir
- 7 unterstützen die Forderung nach einem
- 8 sofortigen Baustopp und das Ende des
- 9 Projekts Stuttgart 21, dass lediglich
- 10 Investoren-Interessen dient, während Geld
- 11 für Soziales und Bildung fehlt.
- 12
- 13 2. Der Landesverband setzt sich zum Ziel,
- 14 die Hintergründe von Stuttgart 21 und den
- 15 Kampf dagegen in Bremen und
- 16 Bremerhaven bekannt zu machen. Dazu
- 17 führen er zeitnah eine Veranstaltung
- 18 gemeinsam mit Bündnispartnern durch und
- 19 lädt VertreterInnen der Bewegung aus
- 20 Stuttgart ein.
- 21 Wir beginnen nach Absprache mit anderen
- 22 BündnispartnerInnen mit der Organisation
- 23 von Solidaritätsaktionen in Bremen und
- 24 Bremerhaven.
- 25 3. Der Landesverband leistet einen
- 26 praktischen Beitrag, um die Bewegung zu
- 27 unterstützen und organisiert einen Bus zur
- 28 nächsten Großdemonstration in Stuttgart.
- 29
- 30 4. Der Landesverband beantragt beim
- 31 Parteivorstand eine bundesweite Kampagne
- 32 gegen Stuttgart 21 und die Erstellung von
- 33 bundesweitem Material. Er schlägt vor, dass
- 34 unsere Partei im Aktionsbündnis in Stuttgart
- 35 eine bundesweite Demonstration gegen

- 36 Stuttgart 21 anstößt und sich dafür einsetzt,
- 37 eine solche zum Erfolg zu machen.

Begründung:

Bei Stuttgart 21 geht es um mehr als nur einen Bahnhof und Bäume, die gefällt werden sollen. Hinter dem Projekt Stuttgart 21 stecken handfeste Interessen der Autolobby, von Baufirmen und Investoren, die darauf aus sind, auf dem heutigen Gebiet des Bahnhofs durch die Untertunnelung des Bahnhofs eine Fläche von 100 Hektar in bester Stadtlage zu gewinnen.

Landes- und Bundesregierung haben sich entschlossen, das Milliardenprojekt trotz massivem Widerstand aus der Bevölkerung durchzusetzen – notfalls auch mit Wasserwerfern, Tränengas und Pfefferspray. 400 verletzte Menschen sind das Ergebnis des Polizeieinsatzes vom 30. September.

Die Bundesregierung unterstützt das Projekt Stuttgart 21 mit 2,6 Milliarden Euro Steuergeldern und die neue Hochgeschwindigkeitsstrecke mit mindestens 1,4 Milliarden während sie durch Sparpaket und Gesundheitsreform das Geld bei Erwerbslosen und abhängig Beschäftigten einspart.

Im Gegensatz dazu sind Zehntausende mehrmals wöchentlich auf der Straße, um das Milliardenprojekt zu stoppen. Der vorläufige Höhepunkt stellt die Demonstration am 2. Oktober mit 100.000 Teilnehmern dar.

In Stuttgart geht es darum, wer in diesem Land regiert und in wessen Interesse „Demokratie“ funktioniert. Wenn der Kampf gegen Stuttgart 21 Erfolg haben wird, wird das eine bedeutende Wirkung auf lokale Bewegungen, die Anti-Atom-Bewegung und andere Kämpfe haben.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

WP - Anträge zum Wahlprogramm

WP 1

Antragsteller: Landesvorstand

1 **Landespolitisches Kurzwahlprogramm der**
2 **LINKE für Bremen und Bremerhaven**
3
4 Vier Jahre SPD-Grünen-Regierung haben die
5 sozialen Probleme, die Armut und die
6 Arbeitslosigkeit in Bremen und
7 Bremerhaven nicht verbessert. Statt
8 entschlossen die Fehlentwicklungen unter
9 der Großen Koalition umzukehren, will der
10 rot-grüne Senat dem Land Bremen ein
11 beispielloses Kürzungsprogramm
12 verordnen. Das wollen wir verhindern.
13 Bremen braucht einen Politikwechsel für
14 Arbeit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit.
15
16 DIE LINKE macht Druck: für Verwirklichung
17 von Chancengleichheit und Investitionen in
18 Arbeit, gegen Ausgrenzung und Verarmung.
19 DIE LINKE zieht Grenzen: für Mindestlöhne
20 und Mindestarbeitsbedingungen, gegen
21 Privatisierung, Sozialkürzungen und
22 Personalabbau. DIE LINKE will umbauen:
23 weg von Ellenbogengesellschaft und
24 Wachstumswahn, hin zur sozialen Stadt,
25 konsequenter Demokratisierung,
26 Klimagerechtigkeit und einem neuen
27 Geschlechtervertrag. DIE LINKE öffnet
28 Perspektiven: Alternativen zu Kapitalismus
29 und Krise, Handlungsmöglichkeiten auch auf
30 landespolitischer und kommunaler Ebene.
31 DIE LINKE kämpft: zusammen mit allen, die
32 ihre Sache selbst in die Hand nehmen und
33 sich für die Rechte derer einsetzen, die
34 nicht von Kapitalbesitz und
35 Vermögenseinkünften leben können,
36 sondern von ihrer Erwerbsarbeit und
37 sozialen Leistungen leben. Der großen
38 Mehrheit mithin, die machtpolitisch aber
39 oft am kürzeren Ende sitzt.
40
41

- 42 1. **Arbeitslosigkeit bekämpfen!**
43 1. Was fehlt, sind Arbeitsplätze, nicht
44 Druck auf Erwerbslose. Wir wollen
45 mittelfristig 10.000 zusätzliche
46 Arbeitsplätze schaffen durch
47 öffentlich geförderte Beschäftigung,
48 Ausbau des öffentlichen Dienstes
49 und Zuwendungen an gemeinnützige
50 Vereine.
51 2. Die Arbeitslosigkeit im Land
52 bekämpfen kann man nur, wenn
53 BremerInnen und
54 BremerhavenerInnen von
55 Arbeitsplätzen im Land auch was
56 haben. Deshalb wollen wir den
57 Anteil lokaler Beschäftigung erhöhen
58 durch Förderung der Klein- und
59 Mittelbetriebe und durch Auflagen
60 in der Wirtschaftsförderung.
61 3. Stopp des Personalabbaus im
62 öffentlichen Dienst und bei den
63 Kliniken!
64 2. **Chancengleichheit für junge Menschen**
65 **verbessern / Das Recht auf Bildung**
66 **konsequent umsetzen!**
67 1. Schule ist zum Lernen da, nicht zum
68 Aussortieren. Wir wollen die
69 Oberschulen zu „Schulen für alle“
70 entwickeln nach dem Vorbild der
71 Gesamtschulen. Ab 2015 sollen auch
72 alle Gymnasien darin aufgehen.
73 2. Wir wollen wohnortnahe Schulen für
74 alle von der 1. bis zur 10. Klasse.
75 3. Wir wollen kleinere Klassen,
76 individuelle Förderung und
77 durchgängige Sprachförderung –
78 durch mehr Lehrkräfte, vor allem in
79 den sozial benachteiligten
80 Stadtteilen und in allen
81 Inklusionsklassen.
82 4. Wir wollen den Anspruch aller
83 Kinder auf einen ihrem Bedarf
84 entsprechenden Krippen-, KiTa- und
85 Hortplatz, eine Senkung der Beiträge
86 und in jeder Gruppe eine feste
87 Zweitkraft. Die Zahl der
88 Ganztagschulen und der

89	Quartiersbildungszentren muss	142	Öffnungszeiten nach 20 Uhr
90	deutlich schneller steigen.	143	untersagt.
91	5. Wer einen Ausbildungsplatz sucht,	144	4. Wer an öffentlichen Schulen
92	muss auch einen bekommen. Wir	145	arbeitet, darf nicht bei privaten
93	wollen mehr überbetriebliche	146	Arbeitgebern angestellt sein. Die
94	Ausbildungsplätze, die Abschaffung	147	Privatisierung des Schuldienstes
95	der Kurzausbildungen und die	148	durch die Auslagerung von
96	Förderung von Ausbildungsplätzen	149	Vertretungs- und Betreuungskräften
97	bei Klein- und Mittelbetrieben.	150	an Vereine oder die „Stadtteilschule“
98	6. Das Studium muss gebührenfrei und	151	muss abgeschafft werden.
99	sozial offen sein. Keine	152	5. Wenn Unternehmen damit
100	Studiengebühren, demokratische	153	kalkulieren, durch Hartz-IV-
101	Mitbestimmung, Entzerrung und	154	AufstockerInnen ihre Kosten zu
102	Entdichtung des Studiums, Recht auf	155	senken, durch Leiharbeit die Löhne
103	Masterstudienplatz für alle Bachelor-	156	zu drücken oder durch
104	AbsolventInnen!	157	Ausgründungen den Betriebsrat zu
105	7. Der zweite Bildungsweg und die	158	umgehen, dann muss das öffentlich
106	Weiterbildung müssen für alle	159	gemacht werden. Wir fordern einen
107	Menschen erreichbar sein und	160	Beschäftigungsbericht, damit
108	entsprechend ihrer Bedeutung in	161	Kunden wissen, wie Preise zustande
109	öffentlicher Verantwortung	162	kommen.
110	gefördert und entwickelt werden.	163	6. Im öffentlichen Dienst darf es keine
111	8. Das Handlungskonzept „Stopp der	164	Ausgliederungen mit Tarifflicht,
112	Jugendgewalt“ löst keine Probleme,	165	Leiharbeitsfirmen oder neue
113	stellt eine Verpolizeilichung der	166	Niedriglohngruppen geben. Das Land
114	Jugendarbeit dar und muss beendet	167	soll sich wieder am GHB beteiligen,
115	werden. Stattdessen fordern wir den	168	um die Beschäftigungssicherheit der
116	entschlossenen Ausbau der	169	Hafenarbeiter zu erhöhen.
117	stadtteilnahen Jugendförderung.	170	4. Armut und Ausgrenzung bekämpfen!
118	3. Bessere Bezahlung und faire	171	1. Hartz-IV-EmpfängerInnen müssen
119	Arbeitsbedingungen!	172	die tatsächlichen Miet- und
120	(Entprekarisierung)	173	Heizkosten erstattet bekommen.
121	1. Von Arbeit muss man leben können.	174	Keinesfalls darf es eine Senkung der
122	Der Mindestlohn im Vergabegesetz	175	Mietobergrenzen unter die Werte
123	soll auf 10 Euro/Stunde angehoben	176	der Wohngeldtabelle geben.
124	werden. Das Vergabegesetz muss	177	Sonderbedarfe müssen wieder durch
125	auf alle öffentlichen Aufträge,	178	Einmalzahlungen anerkannt werden.
126	Zuwendungen und öffentlich	179	2. Wohnraum gehört nicht in die Hand
127	geförderte Beschäftigung angewandt	180	von „Heuschrecken“. Der
128	werden. Die einseitige und	181	Wohnbestand der GEWOBA soll
129	diskriminierende Entgeltordnung des	182	systematisch ausgebaut und mehr in
130	VaDiB muss aufgehoben werden.	183	die Wohnumfeldverbesserung
131	2. Ein-Euro-Jobs sind nicht die Lösung,	184	investiert werden. Gegen
132	sondern das Problem. Sie gehören	185	„Investoren“, die Wohnsiedlungen
133	abgeschafft. Auch Sanktionen gegen	186	verfallen lassen, müssen alle
134	Arbeitslose darf es nicht geben.	187	rechtlichen Mittel ausgeschöpft
135	3. Touristen brauchen keine	188	werden. Wir wollen den
136	Staubsauger, und wem abends ein	189	Wiedereinstieg in den sozialen
137	Liter Milch fehlt, der kann zur Tanke	190	Wohnungsbau und die Einführung
138	gehen. Sonntags- und Nachtarbeit	191	der Mietpreisbindung.
139	hat im Einzelhandel nichts verloren:	192	3. Ein Sozial- und Kulturticket darf nur
140	Wir wollen ein Ladenschlussgesetz,	193	das kosten, was Erwerbslosen und
141	das Sonntagsarbeit minimiert und	194	Grundsicherungs-EmpfängerInnen

195	im Regelsatz dafür zugestanden	248	ausreichende, verlässliche finanzielle
196	wird.	249	Zuwendungen. Bürokratische
197	4. Sondergesetze für Asylsuchende und	250	Hürden müssen abgebaut, das
198	Flüchtlinge gehören abgeschafft. Auf	251	Zertifizierungssystem vereinfacht
199	Landesebene fordern wir die	252	und zurückgedrängt werden.
200	Abschaffung der „Residenzpflicht“.	253	6. Bremen und Bremerhaven
201	5. Auseinanderdriften der Stadtteile	254	klimagerecht umbauen!
202	verhindern!	255	1. Auch das Land Bremen muss seinen
203	1. Bremen und Bremerhaven dürfen	256	Beitrag dazu leisten, dass die
204	nicht in arme und reiche Quartiere	257	globalen Klimaziele erreicht werden.
205	auseinanderfallen, in denen soziale	258	Im Verkehrsbereich beginnt dies mit
206	Herkunft und Wohnort über die	259	der Senkung der ÖPNV-Tarife, der
207	weiteren Lebenschancen	260	Einführung kostenloser Angebote im
208	entscheiden. Daher fordern wir den	261	öffentlichen Nachverkehr,
209	Ausbau der Stadtteolförderung,	262	verbunden mit einer Reduzierung
210	insbesondere der WiN-Mittel, und	263	des Straßenbaus.
211	ihre Selbstverwaltung im Rahmen	264	2. Wir wollen den Umstieg auf
212	der Stadtteilversammlungen. Die	265	erneuerbare Energien und moderne
213	Kulturpolitik darf sich nicht an	266	Wärmedämmung fördern durch
214	touristischen Events und	267	Schaffung eines öffentlichen
215	bürgerlichen Zielgruppen	268	Anbieters von Umbauinvestitionen,
216	orientieren, sondern muss sich	269	die aus der Energieeinsparung
217	verstärkt den Stadtteilen,	270	refinanziert werden
218	multikulturellen und weniger	271	3. Die Energie- und Wasserversorgung
219	einkommensstarken Zielgruppen	272	gehört in öffentliche Hand. Wir
220	zuwenden.	273	wollen wieder kommunale
221	2. Die Lebenserwartung darf nicht vom	274	Stadtwerke, d.h. wir wollen swb und
222	Stadtteil abhängen. Wir wollen ein	275	hansewasser rekommunalisieren,
223	Gesundheitswesen, das auf	276	ebenso die Gas- und Stromnetze.
224	Prävention und Dezentralisierung	277	Eine Vollprivatisierung der
225	setzt. Wir wollen	278	Abwasserwirtschaft muss verhindert
226	Gesundheitszentren in den	279	werden.
227	Stadtteilen, eine gesicherte	280	4. Die Weservertiefung ist überflüssig
228	Gesundheitsversorgung auch für	281	und ökologisch schädlich. Deshalb
229	Menschen ohne geklärten	282	wollen wir sie stoppen. Der geplante
230	Aufenthaltsstatus, den Ausbau der	283	Jade-Weser-Port muss auf seinen
231	Pflegestützpunkte und der	284	ökonomischen Nutzen und seine
232	ambulanten Versorgung.	285	ökologischen Folgen neu überprüft
233	3. In allen Stadtteilen muss eine gute	286	werden.
234	wohnnortnahe Infrastruktur und	287	5. Atomtransporte durch das Land
235	genug öffentlicher Raum ohne	288	Bremen müssen verhindert werden.
236	Konsumzwang zur Verfügung stehen.	289	7. Spezifische Benachteiligungen von
237	Die „kalte Kürzung“ bei den	290	Frauen abbauen!
238	Bürgerhäusern und Jugendzentren	291	1. Arbeit, die häufiger von Frauen
239	muss beendet werden. Alle	292	getan wird, muss gleich viel wert
240	Stadtteile brauchen einen mobilen	293	sein! Wir fordern bessere Bezahlung
241	Bürgerservice.	294	in allen sozialpädagogischen
242	4. Selbsthilfegruppen,	295	Einrichtungen, den Gesundheits- und
243	Beratungsvereine, soziale und	296	Pflegeberufen und den
244	kulturelle Vereine und	297	Einrichtungen der frühkindlichen
245	gemeinnützige Einrichtungen sind	298	Bildung. Das Vergabegesetz muss
246	für das Überwinden sozialer	299	hinsichtlich geschlechtergerechter
247	Spaltung wichtig. Sie brauchen	300	Bezahlung konkretisiert werden.

301	„Verbilligende“ Auslagerungen	354	Migrationserfahrung sollen
302	gerade von frauenintensiven	355	vorrangige Kriterien der Anstellung
303	Arbeitsbereichen durch die	356	werden.
304	öffentliche Hand müssen beendet	357	2. Der Anteil von MigrantInnen in der
305	und rückgeholt werden.	358	öffentlichen Verwaltung muss
306	2. Frauen brauchen kurze Wege,	359	steigen. Auch hier soll keine
307	soziale Netze und flexible	360	Bevorzugung bei gleicher Eignung,
308	Unterstützung. Wir wollen die	361	sondern die Einstufung von
309	flächendeckende, wohnortnahe	362	interkultureller
310	Versorgung mit Krippen, KiTas und	363	Kompetenz/Migrationserfahrung als
311	Schulen, wohnortnahe öffentliche	364	Einstellungskriterium gelten.
312	Infrastruktur, stadtteilorientierte	365	3. Die restriktive Behördenpraxis
313	Selbstorganisations- und	366	gegenüber Menschen mit
314	Unterstützungsangebote für alle.	367	nichtdeutscher Staatsangehörigkeit
315	3. Ohne Arbeitszeitverkürzung wird es	368	muss beendet werden.
316	keine Aufhebung der ungerechten	369	Asylsuchende und Flüchtlinge
317	geschlechtlichen Arbeitsteilung	370	brauchen langfristige Duldungen,
318	geben. Wir fordern die Rücknahme	371	schnelle Aufenthaltsgenehmigungen
319	der tariflichen	372	aus familiären Gründen. Die
320	Arbeitszeitverlängerungen im	373	Spielräume zur Erteilung von
321	öffentlichen Dienst und eine	374	Arbeitserlaubnis müssen
322	bundeseinheitliche Arbeitszeit, die	375	ausgeschöpft werden.
323	Förderung von	376	4. Kein Ankauf von Passersatzpapieren.
324	Arbeitszeitverkürzungsmodellen, ein	377	Keine Abschiebung von Kranken
325	Beschäftigungsprogramm mit	378	mittels spezieller
326	Arbeitszeitverkürzung bei vollem	379	„Gesundschreibungsärzte“.
327	Lohnausgleich für Alleinerziehende.	380	Abschiebestopp für alle Länder, in
328	4. Frauenfeindlichkeit und Sexismus	381	denen Abgeschobenen Gefahr droht.
329	existieren. Gewaltprävention,	382	9. Rechte der SeniorInnen stärken, aktive
330	Unterstützung gegen häusliche	383	Teilhabe fördern!
331	Gewalt, Förderung von	384	1. Der Ausbau einer bedarfsgerechte
332	Anerkennungskultur müssen in der	385	Beratungs- und Infrastruktur für
333	Rangordnung öffentlicher Aufgaben	386	SeniorInnen ist voranzutreiben.
334	wichtiger genommen werden.	387	Dazu gehört die barrierefreie
335	8. Menschen mit Migrationshintergrund	388	Gestaltung von Straßen und
336	brauchen gleiche Teilhabe!	389	Gehwegen, ausreichende lange
337	1. Die Hälfte der SchulanfängerInnen in	390	Grünphasen an Verkehrsampeln,
338	Bremen hat einen	391	Bänke, überdachte Haltestellen.
339	Migrationshintergrund. Nach	392	Genauso notwendig ist eine
340	menschlichem Ermessen sind sie	393	Überarbeitung der bremischen
341	genauso bildungsfähig, wie alle	394	Bauordnung, um altersgerechtes
342	anderen. Wenn ihre Schulleistungen	395	Wohnen zu fördern. Entsprechende
343	und ihr Bildungserfolg schlechter	396	Förderprogramme für derartige
344	sind, ist das die Schuld des	397	Bauvorhaben sind zu unterstützen.
345	Schulsystems, das auf	398	2. Kombinierte Wohn- und
346	herkunftsbedingte Ausgrenzung	399	Betreuungsangebote, betreutes
347	fußt. Wir wollen Sprachförderung	400	Wohnen zu Hause,
348	von Anfang an, einen Anspruch auf	401	Seniorenwohnanlagen sollen die
349	muttersprachlichen Unterricht, und	402	notwendige Beratung,
350	mehr LehrerInnen und	403	Unterstützung und Hilfestellung
351	ErzieherInnen, die selbst	404	sichern , damit Menschen so lange
352	Migrationshintergrund haben.	405	wie möglich selbständig und
353	Interkulturelle Kompetenz und	406	selbstbestimmt leben können. Die

407	LINKE fordert die Schließung der	460	darf aber nicht zur „Feudalisierung“
408	ambulanten Versorgungslücke nach	461	führen, weil sie dann
409	zu schneller Entlassung aus dem	462	Entscheidungen anstelle der
410	Krankenhaus.	463	demokratisch gewählten Organe
411	3. Insbesondere bedürftigen	464	treffen. Deshalb wollen wir die
412	SeniorInnen und Senioren ist	465	Einrichtung einer öffentlich
413	verbilligter Transport in Bahnen und	466	kontrollierten Sozialstiftung, in der
414	Bussen anzubieten. Die Kulturkarte	467	nicht die Reichen entscheiden
415	soll in Bremen für bedürftige	468	sondern ein Vergaberat, dessen
416	SeniorInnen kostenlos sein.	469	Mitglieder von der Bevölkerung in
417	4. Die Bereitschaft der Menschen in	470	den Stadtteilen gewählt werden. Als
418	der "dritten Lebensphase, sich für	471	erstes sollen die
419	das Gemeinwohl verbindlich	472	Aufsichtsratsgehälter der
420	ehrenamtlich zu engagieren, sollte	473	SenatorInnen dort eingezahlt
421	gefördert und anerkannt werden.	474	werden.
422	Die aktive Teilhabe am	475	3. Jeder siebte im Land Bremen ist
423	gesellschaftlichen Leben mit	476	überschuldet. Wir wollen ein
424	Mitspracherecht, aktiver politischer	477	Entschuldungsprogramm für private
425	Willensbildung und Anspruch muss	478	Haushalte, das in Abstimmung mit
426	selbstbewusst eingefordert werden,	479	der Schuldnerberatung zinsfreie,
427	SeniorInnenbeiräte müssen eine	480	längerfristig abzahlbare
428	ständige Stimme im politischen	481	Entschuldungsdarlehen möglich
429	Geschehen haben.	482	macht.
430	5. Die Rente mit 67 muss weg! Die	483	4. Wer Geld außerhalb Bremens
431	solidarische Rente und der	484	einwirbt, soll unterstützt werden.
432	Generationenvertrag müssen	485	Wir wollen einen Kofinanzierungs-
433	beibehalten werden. Sie muss die	486	Topf für das Einwerben von
434	stärkste und verlässlichste Säule für	487	Fördermitteln außerhalb Bremens.
435	die Alterssicherung bleiben. Sie	488	Dagegen muss die „stille
436	muss gerecht, solidarisch, sicher	489	Kofinanzierung“ von
437	und armutsfest sein.	490	wissenschaftlichen Drittmitteln
438		491	(durch fehlende Inrechnungstellung
439	10. Solidarische Finanzpolitik statt	492	öffentlicher Leistungen) beendet
440	Kürzungen!	493	werden.
441	1. Bremen gibt inflationsbereinigt	494	11. Für Demokratisierung in Arbeit und
442	heute 1 Milliarde weniger aus als	495	Wirtschaft, in Schule und Hochschule,
443	1994. Weniger geht nicht. Kürzungen	496	in Stadtteil und Staat
444	in Arbeit, Soziales, Bildung und	497	1. Was allen gehört, verkauft man
445	Kultur darf es nicht geben. Die	498	nicht. Wir wollen einen Stopp
446	Schuldenbremse muss weg! Bremen	499	jedweder Privatisierung und die
447	braucht stattdessen ein	500	Rückführung privatisierter
448	Einnahmesicherungsgebot für die	501	Einrichtungen der öffentlichen
449	Kommunen, einen fairen	502	Daseinsvorsorge in öffentliches
450	Länderfinanzausgleich und Hilfe	503	Eigentum. Die Mitbestimmung im
451	beim Abbau der Altschulden.	504	öffentlichen Dienst muss ausgebaut
452	2. Ursache von Bremens Finanzkrise	505	werden durch stärkere
453	sind die Steuergeschenke der	506	Personalratsrechte im
454	Bundesregierungen an Reiche,	507	Personalvertretungsgesetz und
455	Spitzenverdiener und Konzerne –	508	Einrichtung eines Konzernbeirats.
456	dies kann nur auf Bundesebene	509	KonsumentInnen, soziale
457	umgedreht werden. Wenn	510	Bewegungen und kritische
458	Vermögende und Gutverdienende	511	Wissenschaft sollen in den
459	ersatzweise spenden, ist das gut,	512	Aufsichtsräten öffentlicher Betriebe

513 und Beteiligungsgesellschaften
 514 vertreten sein.
 515 2. Wir wollen eine demokratische
 516 Schule. Die Entmachtung der
 517 Schulkonferenzen durch das
 518 Schulgesetz von 2005 muss
 519 zurückgenommen werden. An den
 520 Hochschulen wollen wir eine
 521 abgestufte paritätische
 522 Mitbestimmung von Lehrenden,
 523 Studierenden, wissenschaftlichen
 524 und nichtwissenschaftlichen
 525 MitarbeiterInnen.
 526 3. Wir wollen mehr Rechte für Beiräte
 527 und Stadtteilversammlungen.
 528 Beiräte brauchen ein echtes Veto-
 529 Recht beim Verkauf öffentlicher
 530 Flächen und Gebäude und ein
 531 Initiativrecht für Ankäufe, sowie
 532 Mittel für stadtteilbezogene
 533 Wirtschaftsförderung und soziale
 534 Infrastruktur.
 535 4. Wir wollen den Erhalt von Radio
 536 Bremen als eigenständiger
 537 Rundfunkanstalt.
 538 **12. Für Frieden, Abrüstung und**
 539 **Entwicklung!**
 540 1. Friedenspolitik und
 541 Internationalismus hat in Bremen
 542 Tradition – leider auch die
 543 Rüstungsindustrie! Wir wollen das
 544 Programm zur Rüstungskonversion
 545 wiederauflegen, das 2001
 546 abgeschafft wurde.
 547 Rüstungsforschung muss im

548 Hochschulgesetz untersagt werden.
 549 Die Bundeswehr hat an Schulen und
 550 Arbeitsämtern nichts zu suchen.
 551 2. Wir lehnen die militärische
 552 Verteidigung der „Festung Europa“
 553 gegen Flüchtlinge ab. Deshalb wollen
 554 wir das öffentliche
 555 „Kompetenzzentrum“ CEON
 556 schließen und die Zusammenarbeit
 557 mit FRONTEX beenden.
 558 3. Globale Solidarität darf sich nicht an
 559 Handelsinteressen orientieren. Wir
 560 wollen die Wiederbelebung der
 561 Städtepartnerschaft mit Corinto in
 562 Nicaragua, mehr Unterstützung für
 563 internationale Schulpartnerschaften
 564 und bessere Förderung der
 565 unabhängigen
 566 entwicklungspolitischen
 567 Bildungsarbeit.
 568
 569 Nur gemeinsam mit den
 570 außerparlamentarischen Kräften kann DIE
 571 LINKE im Parlament Erfolg haben und der
 572 Widerstand gegen den Abbau sozialer und
 573 demokratischer Rechte und für Alternativen
 574 letztlich erfolgreich sein. DIE LINKE wird sich
 575 im Land Bremen an keiner Regierung
 576 beteiligen, die Privatisierungen, Personal-
 577 und Sozialabbau vornimmt und die nicht die
 578 Lebens- und Arbeitsbedingungen der
 579 Menschen deutlich verbessert. Je stärker
 580 DIE LINKE, desto sozialer das Land – auch in
 581 Bremen und Bremerhaven!

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

WP 2

Antragstellerin: Antonie Brinkmann

Alternativantrag zum Programmteil „Emanzipation durch eine Schule für alle“

1 Schulbildung in Bremen

2
3 Das deutsche Bildungssystem ist wieder
4 einmal in einer Krise. Das zeigen ganz
5 unmittelbar die untauglichen Reaktionen
6 auf die schlechten PISA-Ergebnisse (so
7 fragwürdig die Tests, die nur auf
8 ökonomische Verwertbarkeit zielen, sind),
9 aber auch die beschämende Tatsache, dass
10 es nach über hundert Jahren staatlicher
11 Schulpflicht noch immer sogenannte
12 „bildungsferne Schichten“ in Deutschland
13 und aktuell 4 Millionen funktionale
14 (deutsche) Analphabeten gibt. Das zeigen
15 die steigenden Zahlen von Schulversagern
16 und -verweigerern, von Schulerkrankungen
17 und -ängsten.
18 Bremen als kleines überschaubares
19 Bundesland hätte eine gute Möglichkeit,
20 durch eine grundlegende Schulreform neue
21 Wege aus dieser Misere zu beschreiten.
22 Doch diese Wege wurden durch den
23 sogenannten Schulkonsens auf Jahre
24 versperrt.

25 26 **A Eine Schule für alle – nicht nur neue** 27 **Form, auch neue Inhalte**

28
29 Bildung bedeutet für DIE LINKE. mehr und
30 anderes als Ausbildung entsprechend dem
31 Bedarf der Wirtschaft und des Staates,
32 nämlich freie Entfaltung der eigenen
33 Persönlichkeit (Art. 2 GG) in
34 Auseinandersetzung mit der Welt und
35 anderen, Entwicklung der Fähigkeiten zu
36 einem friedlichen Miteinander, zu
37 Verantwortlichkeit, eigenem Urteil, zu
38 Selbst- und Mitbestimmung und vor allem:
39 zu dem Mut, sich des eigenen Verstandes zu
40 bedienen.

41

42 Wir unterstützen die drei
43 Hauptforderungen der Schulstreikenden
44 vom November 2008:
45 - eine Schule für alle
46 - echte Mitbestimmung
47 - selbstbestimmter Unterricht
48
49 Eine Schule für alle ist eine notwendige,
50 aber keineswegs hinreichende Veränderung
51 unseres Schulsystems. Eine Schule für alle
52 bedeutet, dass alle Kinder und Jugendlichen
53 – nicht getrennt nach angeblichen
54 Begabungen - bis zur Vollendung des 10.
55 Schuljahres gemeinsam lernen. Eine solche
56 Schule setzt voraus, dass die
57 Lehrerausbildung in Zukunft darauf
58 ausgerichtet wird sowie „fertige“
59 Lehrer/innen fortgebildet werden, pro-
60 duktiv mit heterogenen Gruppen zu
61 arbeiten, die Stärken der einzelnen Kinder
62 zu erkennen und zu fördern und – ganz
63 wichtig! – kein Kind zu entmutigen, zu
64 demütigen oder zu beschämen. Auch die
65 Würde des Kindes muss unantastbar sein.
66
67 Die in Deutschland vorherrschende
68 schulische Gehorsamserziehung muss durch
69 gelebte Demokratie in der Schule ersetzt
70 werden. Werte wie Demokratie und
71 Solidarität können nicht aus Büchern
72 gelernt, sondern müssen von klein auf
73 gelebt und erfahren werden. Nur so können
74 mündige, zu aktiver Teilhabe fähige
75 Bürger/innen heranwachsen. Das bedeutet,
76 dass Schüler/innen gleichberechtigt an der
77 Gestaltung des Lebens in ihrer Schule
78 beteiligt sind. Solche demokratischen
79 Verfahren drücken auch den Respekt
80 zwischen Erwachsenen und Minderjährigen
81 in der Schule aus.
82 Demokratische Schulen in aller Welt
83 beweisen, dass sich schulinterne
84 demokratische Strukturen ebenso positiv
85 auf die Atmosphäre in der Schule wie die
86 Lernerfolge auswirken. In ihren
87 Versammlungen entwickeln Schüler/innen
88 die zur Verständigung notwendigen
89 Fähigkeiten wie Wortschatz, logisches
90 Denken, Zuhören und Formulieren.
91
92 Nur eine Orientierung an den neuesten
93 wissenschaftlichen Erkenntnissen über das

94 Lernen kann unser Bildungswesen wirksam
95 zugunsten der Schüler/innen reformieren.
96 Neuro-Wissenschaftler haben die alltägliche
97 Erfahrung wissenschaftlich begründet, dass
98 nur mit Interesse und Lust nachhaltig
99 gelernt werden kann. Was unter Zwang
100 gelernt wird, wird entweder gar nicht oder
101 schlecht gelernt und in jedem Fall schnell
102 vergessen.
103 Deshalb fordern wir selbstbestimmtes
104 Lernen nach Interessen und Vorerfahrungen
105 und die Anerkennung aller Interessen und
106 Fähigkeiten als gleichwertig anstelle
107 bürokratisch verordneter Lehrpläne. Denn
108 die von Politik und Wirtschaft festgelegten
109 Lehrpläne bevorzugen seit jeher die Kinder
110 der gebildeten Schichten, denen ihre
111 Verfasser angehören. Es gilt, neue Themen
112 und Lernformen zu entwickeln und
113 zuzulassen und nicht mehr alle Kinder den
114 gleichen mittelständischen Bildungsidealen
115 und Verhaltensmustern zu unterwerfen.
116 Dazu gehört auch, dass die ständigen
117 Leistungsüberprüfungen und
118 -bewertungen aufgegeben werden, damit
119 ein Klima der Kooperation und Solidarität
120 an die Stelle der Konkurrenz aller gegen alle
121 treten kann. Seit den 70er Jahren des
122 vorigen Jahrhunderts ist vielfach
123 nachgewiesen worden, wie willkürlich und
124 ungerecht diese Bewertungen sind.
125 Nur so kann die Schule zu einem
126 Lebensraum werden, in dem Kinder und
127 Jugendliche sich gern aufhalten und gut
128 entwickeln. „Das ‚Recht des Kindes auf
129 Achtung‘ muss oberste Maxime in unseren
130 Schulen sein. Kinder haben das Recht, ein
131 Kind zu sein – und das Recht auf den
132 heutigen Tag“ (Janusz Korczak). Ihr Recht
133 auf Würde beinhaltet das Recht auf Muße
134 und freies Spiel ohne Überwachung. Denn
135 sie brauchen auch Raum und Zeit für
136 eigenständige, selbsttätige Entwicklung.
137 Doch Schule kann und darf nicht der einzige
138 Lernort sein. Die Abgeschlossenheit der
139 Schule und die Reduzierung des Lernstoffs
140 auf messbare Ergebnisse verhindern eine
141 freie Entwicklung und eine adäquate
142 Vorbereitung auf das Leben in der
143 Gesellschaft. Deshalb sind individuelle
144 Lernwege auch außerhalb der Schule zu
145 eröffnen. Gerade junge Menschen lernen

146 bekanntlich viel besser durch unmittelbare
147 Anschauung und Erfahrung als aus Büchern.
148 Diese Forderung wird durch die Ergebnisse
149 einer Studie der Bundesregierung gestützt,
150 nach der nur 30 Prozent des Wissens in der
151 Schule erworben werden.

152
153 Für Kinder und Jugendliche, deren
154 Muttersprache nicht deutsch ist, fordern
155 wir Unterricht auch in ihrer Erstsprache.
156 Dadurch werden nicht nur ihre
157 muttersprachlichen Fähigkeiten besser
158 entwickelt, sondern auch die in der
159 Zweitsprache Deutsch, d.h. ihr Schulerfolg
160 wird insgesamt verbessert.
161 Deutschsprachigen Schüler/innen muss
162 dieser Unterricht selbstverständlich
163 ebenfalls offenstehen. Er hat für alle als
164 normales Schulfach zu gelten.

166 **B Freie Bürgerschulen**

167
168 In den Niederlanden besuchen 70 Prozent
169 der Schüler/innen voll vom Staat finanzierte
170 Schulen freier Träger – die übrigens bei
171 internationalen Tests deutlich besser
172 abschneiden als deutsche Schulen. Bildung
173 wird dort weniger als staatliche, als
174 vielmehr gesellschaftliche Aufgabe
175 angesehen.
176 Das Versagen der staatlichen Schulen in
177 Deutschland ist eklatant. Es sind die
178 staatlichen Schulen, die die Kinder und
179 Jugendlichen nach ihrer sozialen Herkunft
180 selektieren: in der Grundschule durch die
181 weitgehend nach sozialem Status
182 segregierten Stadtteile, sodann durch die
183 vorurteilsbehafteten
184 Gymnasialempfehlungen (bei gleicher
185 individueller Lese- und
186 Mathematikkompetenz hat ein
187 Akademikerkind eine viermal so hohe
188 Chance auf Empfehlung wie ein
189 Arbeiterkind) und schließlich durch den
190 privaten Nachhilfemarkt, der mittlerweile
191 Milliarden umsetzt und damit den ohnehin
192 Privilegierten weitere Vorteile verschafft.
193 Kurz zusammengefasst: Es ist das staatliche
194 Schulsystem, das die Schüler/innen
195 grundgesetzwidrig nach den
196 Besitzverhältnissen der Eltern sondert und
197 ihnen dementsprechende Lebenschancen
198 zuteilt.

199 Seit der Agenda 2010 wird die große Masse
 200 der Schüler/innen zusätzlich durch die
 201 Drohung, später keinen Arbeitsplatz zu
 202 finden, diszipliniert und zur Anpassung
 203 gezwungen.
 204 Angesichts dieser Situation erscheint es
 205 unrealistisch, unter der herrschenden
 206 neoliberalen Marktideologie auf
 207 grundlegende Veränderungen des
 208 staatlichen Schulsystems zu hoffen, das ja
 209 ein wichtiger Stabilisierungsfaktor ist.
 210
 211 Seit Jahren bildet sich weltweit und auch in
 212 Deutschland eine stetig wachsende soziale
 213 Bewegung heraus, die freie und
 214 demokratische Schulen fordert und - wo
 215 möglich - gründet und führt. Es geht dieser
 216 Bewegung nicht darum, überkommene
 217 Standes-Privilegien zu erhalten, sondern die
 218 Demokratisierung der Gesellschaft
 219 voranzutreiben, Kindern freie
 220 Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen, ihr
 221 Recht auf Bildung zu verwirklichen und sie
 222 der Selektion und dem Anpassungsdruck
 223 der staatlichen Schulen zu entziehen.
 224 Wir unterstützen diese Bestrebungen und
 225 treten ausdrücklich für die in Art. 29 Abs. 2

226 der UN-Kinderrechtskonvention festgelegte
 227 „Freiheit natürlicher oder juristischer
 228 Personen, Bildungseinrichtungen zu
 229 gründen und zu führen, sofern die in Absatz
 230 1 festgelegten Grundsätze beachtet werden
 231 und die in solchen Einrichtungen
 232 vermittelte Bildung den von dem Staat
 233 gegebenenfalls festgelegten
 234 Mindestnormen entspricht.“ ein.
 235 Die Übernahme von Schulen in
 236 gesellschaftliche Verantwortung wie sie z.B.
 237 der Paritätische nach niederländischem
 238 Muster vorschlägt, oder gemeinsame
 239 Schulgründungen durch freie Initiativen und
 240 Kommunen erscheinen uns als gute Wege,
 241 diese Bewegung zu verbreitern und dadurch
 242 von unten verändernd auf das staatliche
 243 Schulsystem einzuwirken. Bisher musste
 244 noch jede Demokratisierung hart erkämpft
 245 werden; jetzt hat der Kampf um die
 246 Demokratisierung der Schulen begonnen.
 247 DIE LINKE. wird diese Bewegung wie andere
 248 demokratische soziale Bewegungen
 249 unterstützen und sich dafür einsetzen, dass
 250 die freien und demokratischen Schulen
 251 ebenso aus Steuergeldern finanziert werden
 252 wie die staatlichen

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

WP 3

Antragsteller: Michael Horn, Christoph Höhl

- 1 Wahlprogramm zur Bremer Beiratswahl
- 2 2011
- 3
- 4 **Eine starke BürgerInnengesellschaft in**
- 5 **starken Kommunen:**
- 6
- 7 **Mehr Mut zur kommunalpolitischen**
- 8 **Verantwortung und stärkerer politischer**
- 9 **Einflussnahme**

- 10
- 11 Nachhaltiges lokales Handeln setzt immer
- 12 mehr globales Denken in der Stadtteilpolitik
- 13 voraus. Für DIE LINKE sind die Beiräte in den
- 14 Stadtteilparlamenten daher nicht primär
- 15 Verwaltungsebenen, sondern in unserem
- 16 politischen System einzigartige Lebens- und
- 17 Selbstentfaltungsräume für die
- 18 Einwohnerinnen und Einwohner. Deshalb
- 19 kann der entscheidende Maßstab für
- 20 unsere Kommunalpolitik zur Stärkung der
- 21 kommunalen Selbstverwaltung nur sein,
- 22
- 23 1. dass und wie auf der Statteilebene
- 24 entsprechende politische,

25 wirtschaftliche, soziale, und finanzielle
 26 Freiheiten für die zivilgesellschaftliche
 27 Selbstentwicklung und
 28 Selbstverantwortung gewährleistet
 29 werden.
 30 2. dass und wie die Einwohnerinnen und
 31 Einwohner politische Entscheidungen
 32 selbst treffen beziehungsweise eng in
 33 die politischen Entscheidungsprozesse
 34 einbezogen sind,
 35 3. dass und wie die Verwaltungen zu
 36 wirklichen Dienstleistungsverwaltungen
 37 für die Einwohnerinnen und Einwohner
 38 werden.
 39
 40 Beiräte in Bremen sollen dabei die
 41 Wünsche, Anregungen und Interessen von
 42 Bürgerinnen und Bürgern im Stadtteil
 43 aufnehmen und repräsentieren. Über die
 44 Stadtteilparlamente soll aber auch der
 45 Einfluss auf Entscheidungen in der
 46 Stadtbürgerschaft sicher gestellt werden.
 47 Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden sie
 48 jedoch lediglich wie Verwaltungsausschüsse
 49 behandelt, deren Beschlüsse in der
 50 Stadtbürgerschaft häufig ignoriert,
 51 aufgehoben oder verändert wurden.
 52 Trotz der Reform des Beirätegesetzes haben
 53 die Beiräte weiterhin nur wenig
 54 Möglichkeiten, Einfluss auf die
 55 Stadtbürgerschaft auszuüben. Sie werden
 56 zwar gehört, können Entscheidungen der
 57 Stadtbürgerschaft aber nicht durch ihr Veto
 58 verhindern.
 59 Dabei haben gerade Beiräte das Ohr an der
 60 Basis bei den Bürgerinnen und Bürgern und
 61 wissen, welche politischen Anforderungen
 62 im Quartier zu erfüllen sind.
 63 Ziel linker Kommunalpolitik in Bremen ist
 64 es, eine solidarische Stadt zu schaffen in der
 65 die Menschen ihr Lebensumfeld aktiv
 66 gestalten können. Alle Entscheidungen auf
 67 kommunaler Ebene sind partnerschaftlich
 68 mit allen Beteiligten zu treffen und
 69 umzusetzen.
 70
 71 Deshalb bedarf es eines weitaus größeren
 72 Einflusses der stadtteilnahen politischen
 73 Gremien, mit eigenen finanziellen
 74 Handlungsspielräumen und einer
 75 Möglichkeit zu verbindlichen
 76 Beschlussfassungen.
 77

78 **DIE LINKE fordert:**

- 79
 80 1. Die Umwandlung der Beiräte in echte
 81 Kommunalparlamente, weg von der
 82 jetzigen Form der
 83 Verwaltungsausschüsse.
 84
 85 2. Ein Mitsprache und –
 86 Bestimmungsrecht für den Beirat in
 87 Fragen der lokalen
 88 Wirtschaftsförderung, insbesondere
 89 bei Fragen der Wirtschaftsförderung
 90 bei stadtteilbezogenen Maßnahmen.
 91 3. Ein Vetorecht gegenüber Beschlüssen
 92 der Bürgerschaft, der Behörde, einer
 93 Beteiligungsgesellschaft oder eines
 94 Eigenbetriebes des Landes, die den
 95 jeweiligen Stadtteil betreffen. Dabei
 96 ist ein Schlichtungsverfahren
 97 einzuleiten, bei dem der jeweilige
 98 Beschluss solange eine aufschiebende
 99 Wirkung hat, bis ein gemeinsam
 100 akzeptiertes Ergebnis der Schlichtung
 101 getroffen wurde.
 102 4. Eine Ermöglichung von
 103 BürgerInnenbegehren und
 104 Volksentscheide auch auf
 105 Stadtteilebene. Um die
 106 Voraussetzungen hierfür zu schaffen,
 107 ist die Verfassung des Landes Bremen
 108 gegebenenfalls entsprechend zu
 109 erweitern.
 110 5. Eine Übertragbarkeit nicht
 111 verausgabter Globalmittel für orts-
 112 und stadtteilbezogene Maßnahmen in
 113 das nächste Haushaltsjahr. Diese
 114 Globalmittel sind auch für
 115 Honorarmittel aufwendbar, nicht
 116 jedoch für Regelleistungen der
 117 städtischen Kommune. Perspektivisch
 118 ist die Globalmittelvergabe durch
 119 einen „Beteiligungshaushalt“ auf
 120 Stadtteilebene zu ersetzen.
 121 6. Die bislang über die „Stiftung
 122 Wohnliche Stadt“ in die Ortsteile
 123 fließenden Gelder sind den Beiräten,
 124 nach einem noch festzulegenden
 125 Schlüssel, direkt zur Verfügung zu
 126 stellen.
 127 7. Die Einrichtung eigener Haushaltstitel
 128 und Verteilungsschlüssel im
 129 Kommunalhaushalt für die Vergabe
 130 von Anschlag- und Impulsmitteln im

131	Bereich der stadtteilbezogenen	145	AbteilungsleiterIn) in allen
132	Wirtschaftsförderung,	146	Senatsressorts.
133	Kulturförderung und sozialen	147	10. Ein kommunales Wahlrecht für alle
134	Infrastruktur.	148	Personen, die ihren festen Wohnsitz
135	8. Die Umkehrung der Zentralisierung	149	seit mindestens fünf
136	von Dienstleistung,	150	Jahren in der Bundesrepublik
137	BürgerInnenberatung und Verwaltung,	151	Deutschland haben.
138	um somit eine Ansprechbarkeit und	152	11. Die Wiedereinsetzung eines
139	BürgerInnennähe vor Ort wieder	153	Gesamtbeirates, um
140	herzustellen.	154	beiratsübergreifende Themen
141	9. Eine Benennung von namentlich	155	besser zu koordinieren.
142	Verantwortliche für	156	12. Stadtteile ohne Rassismus. Den
143	Beiratsangelegenheiten (mindestens	157	Rechtsradikalen „KEINEN METER“.
144	auf der Ebene eines/einer		

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

WP 4

Antragsteller: Michael Mork

Präambel Wahlprogramm

1 Unter dem erschütternden Eindruck der
2 „Vernichtung, die die autoritäre Regierung
3 der Nationalsozialisten unter Missachtung
4 der persönlichen Freiheit und der Würde des
5 Menschen in der jahrhundertalten Freien
6 Hansestadt Bremen verursacht hat“,
7 formuliert die Bremer Landesverfassung in
8 ihrer Präambel das **Ziel einer lebenswerten**
9 **Zukunft für alle Menschen:**
10 Demnach „ist eine Ordnung des
11 gesellschaftlichen Lebens zu schaffen, in der
12 die **soziale Gerechtigkeit**, die **Menschlichkeit**
13 und der **Friede** gepflegt werden, in der der
14 wirtschaftlich **Schwache vor Ausbeutung**
15 **geschützt** und allen Arbeitswilligen ein
16 **menschenwürdiges Dasein gesichert** wird.“
17 Dieser Anspruch ist aktueller denn jemals und
18 wird von der Partei DIE LINKE.Bremen
19 vorbehaltlos unterstützt. Mit Rosa Luxemburg
20 verlangen wir: „Die sozialen Garantien des

21 *Lebens müssen selbstverständlich für alle*
22 *Menschen gelten, damit sie sich um die*
23 *notwendigen und lebenswerten Bereiche des*
24 *Lebens kümmern und sich politisch*
25 *einmischen können“*
26 **Emanzipation: Ein lebenslanger Lernprozess**
27 **aller Menschen**
28 **Dafür steht DIE LINKE.Bremen!**
29
30 **Emanzipation** hat Selbstbestimmung aller
31 Menschen und ihre Befreiung von
32 ökonomischen, gesellschaftlichen und
33 anonymen sogenannten Sachgesetzhkeiten
34 zum Ziel.
35 **Unser Menschenbild** ist darauf ausgerichtet,
36 dass alle sich von gesellschaftlichen Zwängen
37 in einem demokratischen Prozess durch
38 aktive Selbstentwicklung befreien können. Sie
39 werden dabei durch umfassende Reformen in
40 die Lage versetzt, in gesellschaftlichem
41 Konflikt tragfähige Lösungen für sich und die
42 Gesellschaft zu erkämpfen. Deswegen ist der
43 herkunftsbedingten Ausgrenzung Vieler das
44 Recht jedes einzelnen Menschen auf die
45 eigene Entwicklung entgegen zu setzen und
46 staatlich zu gewährleisten. Uns genügt es
47 nicht, lediglich Chancen anzubieten.

48 Der politische Ansatz der Partei DIE
 49 LINKE. Bremen geht davon aus, dass eine
 50 grundsätzliche Veränderung der bestehenden
 51 gesellschaftlichen Verhältnisse möglich ist.
 52 Der **Kampf für sozial gerechte**
 53 **Lebensbedingungen** ist ein wichtiger, erster
 54 Schritt auf dem Weg dahin. Hierbei sind
 55 Fähigkeiten und Fertigkeiten nötig und zu
 56 fördern, mit denen sich alle Menschen
 57 zukünftig in einer vielschichtigen Gesellschaft
 58 zurechtfinden, selbständig eigene Interessen
 59 wahrnehmen, einen eigenen Standpunkt
 60 finden sowie diesen verantwortlich und
 61 solidarisch durchsetzen können.
 62 Im Zentrum einer demokratischen,
 63 entwicklungs- und zukunftsfähigen
 64 Gesellschaft müssen Neugier, Kreativität und
 65 Fähigkeiten für Problemlösungen stehen.
 66 Basis dafür ist Ermutigung und nicht
 67 Enttäuschung, ständige Frustration sowie
 68 laufende Bedrohung mit drohender
 69 Ausgrenzung.
 70
 71 Hierzu sind die demokratischen
 72 **Teilhaberechte** jedes Menschen auszubauen:
 73 Sie dienen dazu, bei allen das
 74 Zusammenleben betreffenden Ereignissen,
 75 Entscheidungs- und

76 Willensbildungsprozessen frei,
 77 gleichberechtigt und öffentlich mitzuwirken.
 78 Die staatliche Verpflichtung zur **Inklusion**
 79 bedeutet in diesem Zusammenhang,
 80 naturgegebene menschliche Uneinheitlichkeit
 81 als Normalität anzuerkennen und die
 82 Teilhabe **jedes** Kindes, Jugendlichen und
 83 Erwachsenen – d.h. jedes einzelnen
 84 Menschen – am gesellschaftlichen Leben zu
 85 garantieren.
 86 Auf dieser Basis kritisieren wir in unserem
 87 Wahlprogramm **die herrschenden**
 88 **Verhältnisse**; sie bewirken eine völlig
 89 gegenläufige Entwicklung:
 90 Der Armuts- und Reichtumsbericht dokumentiert
 91 die sozial unverantwortliche rotgrüne
 92 Ausgrenzungspolitik der vergangenen
 93 Legislaturperiode. Er beschreibt auch, dass
 94 bei Fortsetzung dieser Entwicklung ein
 95 Szenario vorstellbar ist, das die Zukunft
 96 unserer Entwicklung in verschiedenen
 97 Politikfeldern möglicherweise
 98 **katastrophenähnlich, teilweise**
 99 **unkalkulierbar** macht:

Hier würden sich die Forderungen aus dem
 KWP anschließen

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	